DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 45 ab Samstag, 24. April 2021 bundesweit. Verkaufspreis 50 Cent mit Verwendungszweck Crowdfunding bitte an KDW e.V. IBAN: DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC: GENODEF1SLR

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

MERKEL ZIEHT NACH NORDCORONA

Wer noch letzte Zweifel hatte, konnte sich am vergangenen Mittwoch davon überzeugen, dass die Bundesregierung vor keinem Mittel zurückscheut, um ihre Notstandspolitik durchzusetzen. Der Bundestag beschloss im Gewand des Infektionsschutzgesetzes eine Verfassungsänderung. Von nun an kann Angela Merkel in ganz Deutschland Schulen und Geschäfte schließen, Ausgangssperren verhängen und auch ganz neue Verordnungen erlassen – ohne lästige Gegenwehr von Ministerpräsidenten, Parlamenten oder Gerichten. Kurz gesagt: Sie kann diktieren, was über 80 Millionen Menschen zu tun oder zu lassen haben. Gegen diesen Umbau der Republik, der seit über einem Jahr unter dem Stichwort »Corona« durchgeführt wird, demonstrieren ebenfalls seit über einem Jahr Millionen Ärzte, Arbeiter, Juristen, Angestellte und Unternehmer – zuletzt am 21. April in Berlin. Das sind die wahren Demokratinnen und Demokraten in diesem Land.

weiter auf Seite 5



Collage: Jill Sandjaja

DAS VOLK ZIEHT NICHT MIT



Foto: Hannes Henkelmann

NICHTOHNEUNS.DE

Der Kriminalhauptkommissar

LAUDATIO ***Der Preis der Republik wird an Michael Fritsch verliehen.***
Von Ronja Palmer



Hut ab vor einem Mann, der seinen Job wirklich ernst nimmt. So ernst, dass er dafür sogar suspendiert wird. Michael Fritsch, der sich als Selbstdenker und freier Mensch bezeichnet, lässt sich den Mund nicht verbieten, wenn etwas gegen sein Rechtsverständnis geht.

Der Kriminalhauptkommissar aus Hannover stellt sich seit August des vergangenen Jahres mutig auf die Bühnen der Demokratiebewegung und bezieht kritisch Stellung zu den verfassungswidrigen Corona-Maßnahmen. Am vergangenen Samstag erinnerte er auf einer Demonstration der Initiative »Es reicht« vor dem Gesundheitsministerium seine KollegInnen an ihre im Bundesbeamtengesetz im §60 festgeschriebenen Grundpflichten: »Beamtinnen und Beamte dienen dem ganzen Volk, nicht einer Partei. Sie haben ihre Aufgaben unparteiisch und gerecht zu erfüllen und ihr Amt zum Wohl der Allgemeinheit zu führen.

Beamtinnen und Beamte müssen sich durch ihr gesamtes Verhalten zu der freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennen und für deren Erhaltung eintreten.« Fritsch handelt nach diesem Leitsatz. Doch in einem demokratiefeindlichen Herrschaftssystem wird gerade deswegen attackiert. Die regimetreuen Medien ächten ihn und am 10. August 2020 wurde Fritsch nach 30 erfolgreichen Jahren vom Polizeidienst suspendiert. Doch das hält ihn nicht auf. Unerschrocken setzt er sich für die Wiederherstellung des Rechtsstaates ein und ruft zum friedlichen Widerstand auf. Wir danken ihm für seinen Einsatz und hoffen, er ist eine Inspiration für viele PolizeibeamtInnen unserer Republik.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie wird an Michael Fritsch verliehen. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Trägerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke.



Zum Geleit

Texte, Audio und Video: Siehe demokratischerwiderstand.de

EIN DEMOKRATISCHER GRUß!

Die Redaktion möchte sich Ihnen vorstellen und sich erklären. Gestatten? – Wir sind die Redaktion der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) in Berlin. Wir sind unabhängig von Parteien, Konzernen und anderen korrumpierten Strukturen. Crowdfinanziert und professionell. Wir stehen der Demokratiebewegung um nichtohneuns.de, demokratischegewerkschaft.de, Bewegung Leipzig und Querdenken nahe. Dank der vielen einzelnen kleinen und mittleren Spenden* können wir jede Woche diese gedruckte Zeitung sicherstellen und in unserer gesamten Republik verbreiten.

Wir sind parteilose liberal eingestellte Menschen. MedizinerInnen, Journalisten, Arbeiter, Juristen, Künstler, Händler, Unternehmer, Mütter und Väter, Alte und Junge vielerlei Hintergründe. Uns ist daran gelegen, dass die Freiheitsrechte unserer Verfassung, dem Grundgesetz, vollständig wiederhergestellt werden. Wenn uns das gelingt, werden wir diesen Erfolg gemeinsam mit allen feiern, die sich daran beteiligt haben, auch über Animositäten hinweg. Denn die Grundlage, sich politisch streiten oder gar schneiden zu können, sind die liberalen Grundrechte. Doch diese sind von der Regierung abgeschafft worden, die die Verfassung gebrochen und sich mit Verordnungen totalitär ermächtigt hat. Deshalb führen wir die Debatte um eine neue Verfassung an.

WARUM GIBT ES DIESE WOCHENZEITUNG JETZT ZUM 45. MAL?

Und warum in einer gedruckten Auflage von mindestens 100.000 Print-Exemplaren (und weit darüber) sowie als E-Paper und Online-Ausgabe unter demokratischerwiderstand.de?

Ganz einfach!

Für Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit und, ja, auch Einigkeit und Recht und Freiheit. Wir sind der Ansicht, dass zu viele Menschen der Gleichschaltung der Berufspolitik und der Konzern- und Regierungspropaganda ausgesetzt sind. Diese können durch unsere Wochenzeitung die Kenntnis davon erlangen: Ja, es gibt eine Opposition im Jahr 2020 und auch 21!

Während des derzeitigen Zusammenbruchs des Finanzmarktkapitalismus, der auch ohne Ausgangssperre stattgefunden hätte, projiziert das verfassungsbrüchige Regime seinen Hass und seine Panik auf uns, die anderen Menschen, die in dessen System nie eine grundlegende Wahl gehabt haben. Wir erleben unter dem Stichwort »Corona« den Versuch einer terroristischen Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals. Thomas Schäfer (CDU), Finanzminister des Landes Hessen, hat sich bereits im März 2020 das Leben genommen. Ungezählte Tragödien spielen sich ab.

Die Unbekannten, Stillen, Vergessenen, Alten und Kranken sind für uns keine Namenlosen – sie gehören alle zu uns. Zugleich ist diese Krise auch eine Chance zur Erneuerung unseres demokratischen Miteinanders. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere künftige Wirtschaftsgesetzgebung (basis-)demokratisch, transparent & ergebnisoffen verhandelt und beschlossen wird. Denn wir alle werden unter den neuen Regeln zu leben haben. – *Die DW-Redaktion*

*Schenkungen mit Verwendungszweck »Crowdfunding« gern an KDW e.V., IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84

PRINTABO-AKTION DW 2021 AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz.We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Fragen an ein Musterpaar

EINWURF *von Werner Köhne*

Woran empfindet ihr noch Freude? Am *Candle-Light-Dinner*, das eine Immobilienmaklerin auf Mallorca einem solventen Kunden anrät, den wir aus dem *RTL*-Dschungelcamp kennen?

Was beunruhigt euch wirklich: Dass euer »Immer weiter machen« eine Wirklichkeit erzeugt, die euch nicht mehr braucht?

Glaubt ihr, dass es ohne Belang für euer Dasein ist, dass ihr euch die TV-Vorabendserien mit mehr als 2.000 Toten pro Jahr (Ermordete) anseht mit immer denselben darin gestellten Fragen an Verdächtige (also alle): Wo waren Sie gestern um 21 Uhr? Oder: Hatten Sie eine Affäre mit Herrn F.? Glaubt ihr wirklich, dass ein Tempolimit die gleiche Bereitschaft hervorriefe, polizeilichen Maßnahmen zu folgen, wie im Fall der Corona-Anordnungen? Was geht in euren Köpfen vor, wenn ein Coronatoter mehr zählt als zwei tote Kinder, die aufgrund des *Lockdowns* an Hunger sterben? Wie ist eure Empörung über Andersdenkende in die später mal zu schreibende kollektive Geschichte der Gefühle einzugliedern – als Episode oder als nachfolgender Phantomschmerz? Wie bringt ihr sozialen Abstand und emotionale Nähe in diesen Zeiten noch auf einen gemeinsamen Nenner? Was bewegt euch, wenn ihr an riesigen Feldern mit nichts als Rapsbewuchs vorbeifahrt und dann das Gefühl bekommt, einem leuchtenden Untergang entgegenzufahren? Warum nur eure Obsession, das Leben mit der bloßen Lebenserhaltung gleichzusetzen? Wohin zielen eure Versuche, euer Leben zu optimieren in eine Zukunft hinein, an deren Ende der Tod steht? Wie soll das Konzept aufgehen?

Was hindert euch daran, Zahlen in ein Verhältnis zu setzen oder dem Hamburger Pathologen Püschel zuzuhören, der schon früh darauf hinwies, dass Corona-Tote gar nicht an Corona verstorben sind?

Sind wir nicht von einer Bürger- und Konsumgesellschaft zu einer Patientengesellschaft geworden, die allein im Überleben gegenüber den Nicht-Überlebenden ihren Wertekodex bezieht? Wer sind wir: antiquierte Wesen, die nicht merken, dass wir längst zu Daten verarbeitet werden, die mit unserem Verhalten verschmelzen und uns dann auch noch gestohlen werden, auf dass in uns nichts zurückbleibt als – innere Leere?

Wagt es dagegen doch mal wieder, in einen glitzernden Regentropfen zu schauen, der sich vom Dachrand löst und sanft den Gesetzen von Newton folgt – eine Wahrnehmung, die euch aus der Verbissenheit in den Fluss des Daseins zurückgeleitet.



»Minima Mortalia« von Werner Köhne erscheint bei Sodenkamp & Lenz. 216 Seiten, 27,50 Euro. Nachwort von Gunnar Kaiser. Bestellung via demokratischerwiderstand.de.

»Impfluencer« werben für COVID-19 Impfung

Nur vom Impfling Angela Merkel gibt es keine Aufnahmen.

Von Markus Fiedler

Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie und Genetik.

Bewohner und Pfleger in Hofer Altenheim »Seniorenwohnen« des Bayerisches Roten Kreuzes erkranken auch nach zweiter Impfung mit dem Biontech Impfstoff. Wie viele Impfungen braucht der Patient?

Das Medium *OE24* titelte: »Dritte Impfung mit Biontech wohl nötig.« Es wird immer auffälliger. Die Impfungen helfen ganz offenbar nur unzureichend gegen die Krankheit Covid-19 oder begünstigen sogar eine Erkrankung. Demgegenüber stehen massive Nebenwirkungen. Nach Impfstart knapp 6.000 Todesopfer im zeitlichen Zusammenhang mit den Covid-Impfungen europaweit, davon laut RKI über 400 in Deutschland. Zum Vergleich: In den Jahren 2000 bis 2020 starben jeweils nicht mehr als 16 Personen im Zusammenhang mit Impfungen. Einzige Ausnahme war das Jahr 2009. Da waren es 41 Tote. Zeitgleich fanden damals die Impfungen gegen die Schweinegrippe mit dem nicht ausgereiften Impfstoff Pandemrix statt, die übrigens unter anderen auch von Prof Dr. Drosten empfohlen wurde. Derzeit, Stand 17. April 21, haben wir in der EU deutlich über 330.000 gemeldete »Verdachtsfälle« von Nebenwirkungen im zeitlichen Zusammenhang mit den Impfungen laut EMA. Tendenz schnell steigend. Je nach Impfstoff wurden zweidrittel bis dreiviertel aller Fälle von Frauen gemeldet.

WÜRDE DIE KANZLERIN DIE IMPFUNG JEMALS VORTÄUSCHEN?

Aber unsere Kanzlerin, Politiker und Showmaster sind sich sicher. Impfungen helfen. »Ich habe in meiner Rede betont, dass die Pandemie nicht vorbei ist, bevor nicht alle Menschen auf der Welt geimpft sind«, sagte die Kanzlerin im Februar 2021 nach einem G7-Gipfel. Und Frau Merkel geht da mit gutem Beispiel voran und hat sich jetzt angeblich mit Astrazeneca impfen lassen. Derweil vermisst der aufmerksame Zuschauer ein Detail. Während es von vielen impfwilligen Politikern und Prominenten Fotos und sogar Videos vom Impftermin gibt, fehlt ein solches Foto oder Video gänzlich von der Bundeskanzlerin Angela Merkel. Nur ihr Impfausweis ist abgebildet. Darauf ist dann auch noch die Chargennummer des Impfstoffes unkenntlich gemacht. Warum? Ein Schelm, wer hier böses denkt.

Merkel wollte den Astrazeneca-Impfstoff anfangs auch nicht nehmen, weil sie 66 Jahre alt ist und der Astrazeneca-Impfstoff nur bis 65 Jahre zugelassen war. Sie nimmt es mit den Zulassungen offenbar sehr genau. Das war bevor man feststellte, dass die Nebenwirkungen und das Todesrisiko des Impfstoffes bei Menschen zwischen 18 und 60 höher sind, als das Risiko, das von der Krankheit ausgeht. Jetzt ist der Impfstoff nur noch für Personen ab 60 Jahren zugelassen. Und da hat sich die Kanzlerin bereitwillig impfen lassen, wie das *ZDF* verlautbarte. Wir glauben das selbstverständlich. Würde die Kanzlerin das Volk jemals belügen?

IMPFEN WIE IN DER VORABENDSERIE

Interessant sind allemal die fachlichen Aussetzer des Impfpersonals weltweit, besonders bei prominenten Patienten, besonders bei Covid- und Grippeimpfungen. Da bleibt die mehrere Zentimeter lange Nadel im Arm der Sängerin Mariah Carey stecken, die merkt davon aber im April 2021 augenscheinlich nichts. Aufmerksame Zuschauer, also sogenannte Verschwörungstheoretiker, weisen hier auf eine Requisite aus der Filmbranche hin, bei der die Nadel in die Spritze geschoben wird, anstatt in den Arm. Auf solche abstrusen und abwegigen Ideen würde das Impfpersonal doch nie kommen. Bei der Sängerin und Schauspielerin Elaine Paige wird allerdings ganz offenbar eine Spritze gesetzt, ohne die Schutzkappe von der Nadel zu nehmen. Das Schicksal teilt sie mit der Premierministerin von Queensland, Frau Palaszczuk. Bei der *CNBC*-Sendung »Only on 9« wundert man sich bei einer nachträglich gesichteten Nahaufnahme darüber, dass ein Patient eine bereits vorab entleerte Spritze in den Arm gestochen bekam. Der medizinische Sinn solch homöopathischer Impfungen bleibt dem interessierten Laien verborgen. Von Markus Söder existieren insgesamt mindestens sieben Bilder von verschiedenartigen Impfungen. Das muss Leidenschaft sein. Das unter anderen von Soros' Open Society Foundation unterstützte Recherchenetzwerk Correctiv bemerkt dazu, dass eines der Bilder den Söder bei der Influenza-Impfung im Oktober 2020 zeigt und nicht bei einer Corona-Impfung. Warum man sich bei derzeit nur rund 300 (anstatt zigtausender) Influenza-Grippefällen deutschlandweit überhaupt gegen Grippe impfen lassen muss, verraten uns die selbsternannten Qualitätsjournalisten aber nicht.

»IMPFLUENCER« NICHT GEIMPFT

Auch irritiert den Leser, dass der »Impfluencer« Günther Jauch die Impfung neben Uschi Glas und Sepp Meier bewarb aber gar nicht geimpft war. Und das trotz eines Fotos, das genau das suggerierte. Auf Nachfrage des Investigativjournalisten Boris Reitschuster wollte oder konnte der Sprecher des Gesundheitsministeriums auch nur die Impfung von Uschi Glas bestätigen. Ansonsten gab es nur teflonbeschichtete Aussagen von der Regierungsseite.

Es stellt sich an dieser Stelle die Frage, ob und wie viele der Hausärzte bei der Datenlage bereitwillig impfen werden. Da wird sich die Spreu vom Weizen trennen und der Patient hat eine Chance zu erkennen, wie gut sein Hausarzt wirklich über die Risiken informiert ist. Und am Ende bleibt die Frage: Wie will ein uninformierter Arzt über Impfrisiken aufklären? Schöne neue Corona-Welt.

MELDUNG

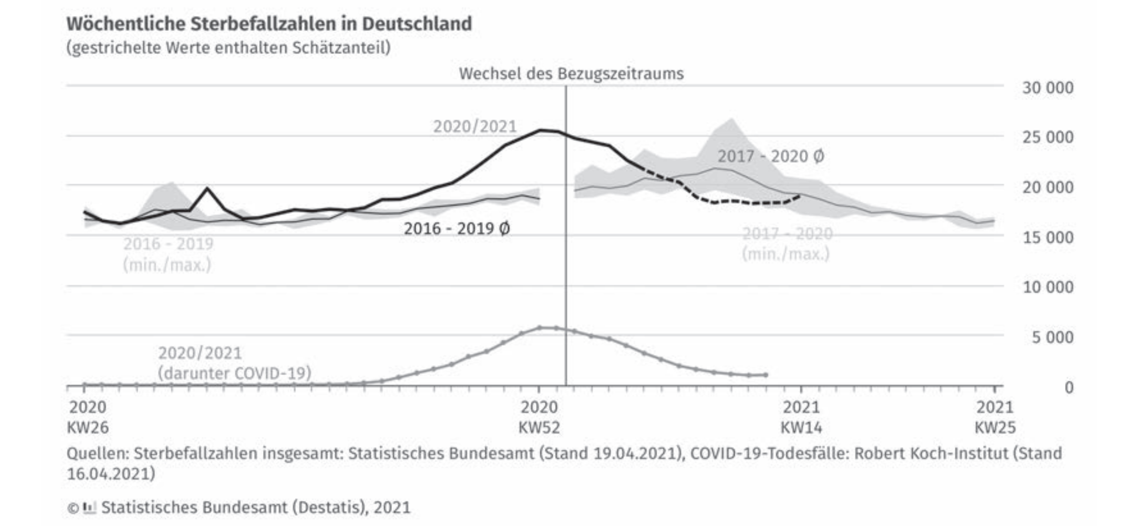
COVID-19-VERTRÄGE DER EU MIT PFIZER UND MODERNA »ILLEGAL«

Brüssel/DW. Unbekannte haben nun die Verträge, die die EU-Kommission mit den Pharmafirmen Pfizer und Moderna abgeschlossen hat, an die belgische Vereinigung Notre Bon Droit (Unser gutes Recht) zugespielt. Die beteiligten Pharmakonzerne sind durch Vertragsklausel weitestgehend von der Haftung für Schäden befreit, die von ihren Produkten hervorgerufen werden, wie die Seite tkp.at berichtet. Dass die als Impfstoff getarnten Gentherapien überhaupt ohne ausführliche Testung in Umlauf gebracht werden durften ging nur durch eine im Juni 2020 verabschiedete EU-Verordnung, die die ansonsten sehr strengen Gentechnik-Beschränkungen und Prüfverfahren außer Kraft setzte.

Die mit einem Gutachten beauftragte Rechtsanwaltskanzlei De Brandt CV/SC kommt zu einem vernichtenden Urteil: »Die Verträge seien nach belgischem Recht in Gänze illegal.« Wenn Hersteller keine Garantien auf die Mindestwirksamkeit der in Verkehr gebrachten Impfstoffe abgeben und nicht für Schäden haften müssen, dann sind Sie vollkommen aus der Verantwortung genommen. Sie haben gar kein Interesse daran, die sogenannten Impfstoffe ausführlich auf Sicherheit zu testen. Der Steuerzahler trägt demnach das komplette gesundheitliche und finanzielle Risiko. Den Gewinn streichen die Pharmakonzerne ein. Mehr zur Veröffentlichung der Verträge unter: https://tinyurl.com/dw45-leak (mfi)

TRICKSEREIEN MIT TODESZAHLEN

Berlin/DW. Eine vom Statistischen Bundesamt veröffentliche Grafik lässt den Anschein erwecken, es hätte im Jahr 2020 eine signifikante Übersterblichkeit gegeben. Das Online-Magazin *Multipolar* deckte jetzt auf, dass die Todeszahlen schlichtweg unplausibel sind, denn sie berücksichtigen nicht den demographischen Wandel in Deutschland, der bewirkt, dass die Anzahl der Menschen über 80 Jahre rapide steigt. Setzt man die Todeszahlen dazu ins Verhältnis sind im letzten Jahr sogar knapp 6.000 Menschen dieser Altersgruppe weniger gestorben als im Durchschnitt der fünf vorangegangenen Jahre. (rop)



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die linksstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen seit dem Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre liegt. Das gilt auch für 2021. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit.

Sars-Cov-2 (Corona) existiert. Der Virus ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden. Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menschheitsbedrohend –, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.

250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

MELDUNG

KEIN POLIZIST IM KAPITOL GETÖTET

Washington/DW. Beim sogenannten Sturm auf den US-amerikanischen Parlamentssitz am 6. Januar 2021 ist kein Polizist zu Schaden gekommen. Das meldeten mehrere Medien am Dienstag – darunter sogar der Propagandasender *Deutschlandfunk*. Demnach starb der zunächst als getötet gemeldete Polizist nicht durch Einwirkung der Basisdemokraten, sondern an zwei Schlaganfällen. Offen ist, ob sich der Beamte im Moment des Revolutionsversuches des amerikanischen Volkes überhaupt im Kapitol aufhielt. Beim Marsch gegen den demokratiefeindlichen Putsch der US-Konzerne und Banken starben fünf Basisdemokraten, darunter die 35-jährige Mutter und Luftwaffenveteranin Ashli Babitt. Babitt wurde im Kapitol von Regierungstruppen gezielt mit einem Kopfschuss ermordet. Vier weitere Basisdemokraten starben, darunter mindestens zwei durch Einwirkung der Regierungspolizei. (ale)

DAS »SAARLAND-MODELL« WIRD DURCHGESETZT

Mainz/DW. Das Oberverwaltungsgericht des Saarlandes befürwortet das seit dem 6. April bundesweite Apartheid-Projekt, das auf Öffnungen auf Basis von Schnelltests setzt. Testpflichten stellten einen »ganz wesentlichen Baustein, um in verschiedenen Bereichen die Gewährleistung von bestimmten Grundfreiheiten zu ermöglichen«, so die Begründung, wie etwa der Nutzung von Kulturveranstaltungen, der Gastronomie, und des Einzelhandels. (rop)

GERICHT KIPPT MASKENPFLICHT FÜR GRUNDSCHÜLER

Bremen/DW. Das Oberverwaltungsgericht Bremen hat die Maskenpflicht für Grundschüler außer Kraft gesetzt. Grund dafür sind zwei Eilanträge. In einem hatten sich durch ihre Eltern vertretene Kinder gegen das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung ab einem Inzidenzwert von 100 gestellt. Ein zweiter Antrag richtete sich gegen die Regelung, dass der Zutritt zum Schulgelände und damit die Teilnahme am Präsenzunterricht nur unter Vorlage eines negativen Corona-Tests zulässig ist. Der Bremer Senat will jetzt rechtssichere Lösung erarbeiten. (sma)

GESETZ FÜR GLOBALE SICHERHEIT

Paris/DW. Das französische Parlament hat am 16. April mit großer Mehrheit das »Gesetz für globale Sicherheit« angenommen. Das Filmen bestimmter Polizeieinsätze kann nunmehr unter Strafe gestellt werden. In den vergangenen Monaten waren in Frankreich immer wieder Hunderttausende Menschen dagegen auf die Straße gegangen. Medienvertreter warnen vor einer Einschränkung der Pressefreiheit und anderer Grundrechte. Selbst Vertreter der Europäischen Union und der Vereinten Nationen wiesen im Vorfeld auf den möglichen Missbrauch des Gesetztes durch den Staat hin. (sma)

Österreich: Einer weg, Regime geht weiter

Der Rücktritt des Gesundheitsministers ist nicht die einzige Bruchstelle im politischen System. | Von Eric Angerer

Die Inszenierung beim Abgang war so »menschlich«. Gesundheitsminister Anschober erklärte, er sei überarbeitet, vom »Hass« einer Minderheit betroffen, gesundheitlich angeschlagen und wolle sich nicht länger kaputt machen. Das mag alles sein.

Allerdings hat der gute Mann eben die Möglichkeit, sich jederzeit aus seiner Lage zu befreien, weiter 13.571 Euro zu beziehen, und ist auch sonst bestens versorgt. Hunderttausende Erwerbstätige, die durch seine *Lockdowns* ihren Job oder ihre kleine Firma verloren haben und vor dem existenziellen Ruin stehen, können das nicht. Hundertausende Kinder, die durch seine Schulschließungen und Angstmache in Richtung Depressionen getrieben wurden, haben ebenfalls keinen raschen Ausstieg zur Verfügung. Insofern ist das breitgetretene Mitgefühl des medialen Mainstream mit dem armen Anschober zynische Heuchelei.
Sein Rücktritt ist aber mehr als persönliche Überforderung. In der Regierung sind die Spannungen offenbar massiv. Der neue Gesundheitsminister Mückstein, ein *Lockdown*- und Impfhardliner, wird daran nichts ändern. Der aalglatte Kanzler Kurz dürfte mit den Grünen als Partner ebenso mies und unsauber verfahren wie zuvor mit SPÖ und FPÖ, das Klima in der Koalition soll mittlerweile einigermaßen vergiftet sein. Die Grundlage dafür sind natürlich sinkende Umfragewerte und der Druck der Bevölkerung vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und sozialen Krise.

DRUCK DER BEVÖLKERUNG STEIGT, UMFRAGEWERTE SINKEN

Die Kanzlerpartei ÖVP liegt nach einer aktuellen Umfrage mit 33 Prozent zwar noch an erster Stelle, würde aber gegenüber der Wahl 2019 etwa 4,5 Prozent verlieren. Kurz ist zwar weiterhin unangefochten, sein Nimbus aber erheblich beschädigt und der Unmut in klassischen ÖVP-Berufsgruppen wie Gastwirten, Hoteliers und anderen Klein- und Mittelunternehmern immer größer. Besonders in ländlichen Regionen haben ÖVP-Funktionäre zunehmend Angst, dass der Unmut in eine Abwendung von der Partei kippt. Die Grünen liegen nach den letzten Umfragen zwischen 10 und 12 Prozent – 2019 erreichten sie 14 Prozent. Sie wurden nicht nur in Wien von der SPÖ aus der Landesregierung gekickt, sondern werden von Kurz auf Bundesebene immer wieder vorgeführt. Da Kurz aktuelle Neuwahlen fürchtet, könnten die Grünen eigentlich mehr Zugeständnisse einfordern. Die Grüne kleben aber dermaßen an ihren Posten, dass sie offenbar lieber nichts riskieren.

KONZENTRATIONSREGIERUNG AUCH IN WIEN GEPLANT

Dennoch sind weitere Konflikte zwischen den beiden Parteien garantiert. Die Kurz-Clique soll auch wiederholt eine Konzentrationsregierung oder zumindest eine Verbreiterung der Regierung angesichts der Krise ventiliert haben – mit Postenangeboten an die Parteivorsitzenden Rendi-Wagner (SPÖ) und Hofer (FPÖ), die beide offenbar nicht uninteressiert waren, aber in ihren Parteien für so eine verrückte Selbstaufgabe keine Unterstützung hatten.

Die größte Stärke der Regierung besteht wohl in der Schwäche der Opposition. Die SPÖ liegt zwar bei 24 Prozent (plus drei Prozent seit 2019), sie hat aber weder eine überzeugende Führung noch eine einheitliche Linie. Der burgenländische SPÖ-Landeshauptmann Doskozil, der in vielen Fragen sein Ohr nahe an der Bevölkerung hat, hat den regionalen *Lockdown* vorzeitig beendet. Der pensionierte Klubobmann Cap hat die *Lockdown*-Politik wiederholt kritisiert und von Gewerkschaftern, die unter dem Druck von Belegschaften stehen, gibt es ähnliche Stimmen. Die Parteivorsitzende Rendi-Wagner ist hingeben einer Art österreichischer Lauterbach und verlangte mehrmals sogar schärfere Maßnahmen. Und der mächtige Bürgermeister Wiens ist zuletzt auf diese Linie eingeschwenkt.

Die FPÖ hat sich nach der aktuellen Umfrage auf 19 Prozent erholt, nachdem sie infolge der Strache-Krise teilweise schon bei 12 Prozent lag (2019: 16 Prozent). Das hat sie sicherlich der kantigen Anti-*Lockdown*-Linie von Klubobmann Kickl zu verdanken. Er hat nicht nur Masken-, Test- und Impfpflicht angeprangert, sondern auch außerparlamentarische Mobilisierungen unterstützt. Und er baut offenbar auch eine Führungsgruppe mit Gesundheitssprecherin Belakowitsch und Generalsekretär Schnedlitz auf. Parteichef Hofer hat sich zuletzt in der Frage der Maskenpflicht im Parlament erneut an die ÖVP angebiedert, der Klub hat sich aber geschlossen hinter Kickl gestellt. Auch in der Parteibasis ist Kickl wesentlich beliebter als Hofer. In der Gesamtpartei dürfte Hofer ziemlich isoliert sein, allerdings hat er die Unterstützung vom einflussreichen oberösterreichischen Parteiobmann Haimbuchner. Dieser wiederum weiß wohl durchaus, dass Kickl die Partei auf der Grundlage des Unmutes in der Bevölkerung zu einem neuen Aufschwung führen kann. Und gerade Oberösterreich ist eine Hochburg der Kritiker des Corona-Regimes. Andererseits steht Haimbuchner unter dem Druck seiner regionalen Regierungsbeteiligung mit der ÖVP. Insofern ist nicht auszuschließen, dass der ÖVP wieder einmal eine Spaltung der FPÖ gelingt.

NEU POLITISCHE KONFLIKTE SIND VORPROGRAMMIERT

Das Regime ist sich des wachsenden Unmutes in der Bevölkerung bewusst. Die Demos waren nur die Spitze des Eisberges. Der Infektiologe und führende Regierungsberater Thalhammer sprach sich unlängst für ein Ende der *Lockdowns* aus, weil sich die Bevölkerung ohnehin nicht mehr daran halte, sich in Privaträumen in Gruppen treffe und es da besser sei, Gastgärten, Sportvereine etc. kontrolliert zu öffnen. Deshalb wird die Regierung dem Volk wohl demnächst gewisse Öffnungen gewähren, um den Druck rauszunehmen, und sich medial feiern lassen. Das wird ihr, die der Grundlinie des Regimes treu bleibt, aber nur eine kurze Atempause ermöglichen, denn die größten sozialen Verheerungen stehen noch bevor. Und das wird in neuen Mobilisierungen und neuen politischen Konflikten seinen Ausdruck finden.

Es bleibt ein Kult

War die »Gedenkfeier für die Toten der Corona-Pandemie« eine Totenmesse der Heuchelei oder doch groteske Bösartigkeit? | Ein Kommentar von Nicolas Riedl

Erinnern Sie sich noch an die Gedenkfeier für hunderttausend Tote, die an Herzkrankheiten oder Fehlernährung verstarben? Ich auch nicht.

Rund 34.000 von 985.000 Toten (3,45 Prozent), die mit einem positiven Testergebnis verstarben, waren es der Bundes regierung wohl wert, mit einem Gottesdienst gewürdigt zu werden. Und die restlichen 951.000 Verstorbenen (96,55 Prozent) ohne positives PCR-Testergebnis? D'rauf geschissen! So deutlich muss man das angesichts dieser bodenlosen Heuchelei sagen.

Unerträglich war die Rede Steinmeiers. Unauthentisch und mit der Emotionalität eines Staubsaugers täuschte er vor, Mitgefühl mit den Leidtragenden der neuen Normalität zu haben. Gerade jene, die nun in der Einsamkeit verstarben oder den Tod eines Nahestehenden einsam ertragen »mussten«. Es ist so pikant, da Steinmeier der Bundespräsident einer Regierung ist, die dieses Leid hierzulande politisch *qua* Verordnung erst hervorgebracht hat. Doch Steinmeier betonte unbeirrt, dass das Sterben in der Einsamkeit und vieles mehr von Nöten war, um das Infektionsgeschehen einzudämmen. Schuld sei schließlich der böse Virus, nicht der gute Staat. Selbst war er im August sich nicht zu schade, für ein Selfie ohne Mindestabstand und Maske zu posieren. Aber andere müssen einsam sterben.

Zu fragen wäre, ob es sich hier noch um Heuchelei handelt. Die Zahlen müssten den Anwesenden bekannt gewesen sein. Und wenn das so ist, dann zeugt es doch von einer unvorstellbaren Ruchlosigkeit. Wenn man mitzuverantwortendes Leid wider besseren Wissens als alternativloses Übel ausweist, es in allen Einzelheiten aufzählt und dann auch noch vorgibt mitzufühlen. Auf alle Fälle ist es ein verbales und symbolisches Vergehen an Toten. Sich einen kleinen Bruchteil der jährlich Verstorbenen herauszupicken, hervorzuheben und sie für eine politische Agenda zu missbrauchen ist pietätlos, widerwärtig und verachtenswert.

Fortsetzung von Seite 1

Dem neuen Infektionsschutzgesetz waren wiederkehrende Treffen der 16 Ministerpräsidenten der Länder mit der Bundeskanzlerin vorangegangen. Bei diesem Komitee, das nirgends in der Verfassung auftaucht, wurden über Monate hinweg im Hinterzimmer neue Verordnungen beschlossen. Diese wurden dann im Nachklang von den Landesparlamenten ohne ernsthafte Diskussion abgenickt. Bei den letzten Sitzungen wurde ein leichter Unwille spürbar, schon wieder neue Maßnahmen gegen die Grundrechte der Menschen zu beschließen. So etwas konnte die Kanzlerin nicht zulassen und ließ das 4. Gesetz zu Schutz der Bevölkerung ausarbeiten.

Dieses beinhaltet in seinem neuen Paragraphen 28b einen Maßnahmenkatalog, wie bundesweit ab dem sogenannten Inzidenzwert von 100 gehandelt werden muss, und ermächtigt die Kanzlerin auch neue bundesweite Verordnungen zu erlassen, die als Maßnahme gegen Corona benannt werden können. Das kann mittlerweile alles bedeuten. Unbeachtet von der Öffentlichkeit wurde außerdem ein Paragraph 28c in das neue Gesetz eingearbeitet, der die Bundesregierung dazu ermächtigt für getestete, geimpfte oder nicht näher definierte immune Menschen Erleichterungen zu verordnen. Somit hat die Bundesregierung auch gleich den Unrechtsrahmen erhalten, um die Menschen ungleich behandeln zu können.
Im Parlament spielten FDP und Linkspartei Opposition, indem sie zum einen die Grundrechtswidrigkeit der Maßnahmen hervorhoben, jedoch an der Geschichte der schlimmen Pandemie festhielten und seitens der Linkspartei sogar noch Verschärfungen forderten.



Eindeutige Ansage eines Demonstranten am 21. April in Berlin. Foto: Hannes Henkelmann

In Berlin kam am Mittwoch die Demokratiebewegung mit über 50.000 Menschen zusammen und demonstrierte auf der Straße des 17. Juni. Ein Dutzend Versammlungen waren rund um das Regierungsviertel angemeldet worden. Der Senat ließ davon jedoch die meisten verbieten, sodass die Menge vor der kleinen Bühne vor dem Sowjetischen Ehrenmal zusammenkam. Die Versammlung verlief friedlich und wurde dennoch von der Polizei aufgelöst. Im Anschluss wurden spontane Umzüge und Demonstrationen von den Versammlungsteilnehmern organisiert. Die Polizei ging dabei überaus rabiat vor, verhaftete teils willkürlich Menschen und schreckte sogar nicht davor zurück Pressevertreter anzugreifen, sie zu schlagen oder mit Reizgas zu traktieren.

Für jeden, der etwas auf Gewaltenteilung, Grundrechte und demokratische Aushandlung hält, war die Entscheidung des Parlaments und das Verhalten der zusammengezogenen Polizeitruppen ein trauriger Tag. Der einzige Lichtblick waren die Tausenden Demokraten auf der Straße. Die werden niemals weichen und niemals vergessen.

Hendrik Sodenkamp

RICHTIGSTELLUNG: Im Artikel »Befehl von Oben« in DW44 stand, dass für das neue Gesetz eine Zweidrittelmehrheit erforderlich sei. Das war falsch, es wurden schlussendlich nur 342 Ja-Stimmen benötigt. Wir bitten um Entschuldigung.

Das Wunder von Texas

Was macht der südlichste US-Bundesstaat besser? | Von Vicky Richter

Seit März 2021 findet in dem Bundesstaat im Südwesten der USA wieder ein Leben ohne Corona-Maßnahmen statt. Der konservative Gouverneur Gregory Wayne »Greg« Abbott beendete alle Corona-Maßnahmen und öffnete Texas.

Seit nun gut einem Monat hat Texas seine Wirtschaft wieder zu 100 Prozent hochgefahren und hat ein Rekordtief an Neu-Infektionen mit Covid-19, mit weiterhin sinkender Tendenz.

Am 29. März berichtete Abbott der *Washington Times*: »In der Tat sind die Corona-Fälle den 18. Tag in Folge zurückgegangen. Texas hat 10 Millionen Impfdosen verabreicht, fast 13 Prozent der Bevölkerung sind vollständig geimpft, die Krankenhauseinweisungen sind zurückgegangen und die Sterberaten sind stark gesunken.« Interessant ist jedoch, dass der Rückgang nicht auf die Impfkampagne zurückzuführen ist. Denn der Bundesstaat ist im Gegenzug zu anderen Staaten, wie New York oder Kalifornien eher Nachzügler in Sachen Covid-19-Impfung. Ferner erklärte Abbot, dass es in Texas ein Verbot für die Ausstellung eines sogenannten Impfpasses geben und dass die Impfung »immer freiwillig und niemals aufgezwungen« werden wird. Damit reihte sich Texas in die Liste von elf weiteren Staaten ein, die weder Maskenpflicht noch Impfpässe verlangen.

EIN STÜCK NORMALITÄT STÖSST UNANGENEHM AUF

Anfang April feierten 38.000 Fans der Texas Rangers ohne Mund-Nasen-Bedeckungen den Start der Baseball-Saison. Diese Bilder sorgten für Aufregung, weshalb sich sogar Präsident Joe Biden zu Wort meldete und das Match als »Fehler« bezeichnete.

Vier Wochen nach dem »Great Opening« sprechen die aktuellen Zahlen für den »Lone Star State«. Im Zeitraum vom 1. März bis 3. April sank die Zahl der Neuinfektionen um 56 Prozent und die Zahl der mit einer Corona-Infektion in Zusammenhang stehenden Todesfälle um 64 Prozent. So verstarben in der Woche um den 12. April 16 Menschen an oder mit Covid-19 und die Zahl der im Krankenhaus behandelten Corona-Patienten fiel unter 3.000, den niedrigsten Wert seit Juni 2020.

WAS MACHT TEXAS RICHTIG UND MICHIGAN FALSCH?

Vergleicht man die beiden Staaten Texas und Michigan wird es spannend. Michigan ist demokratisch geführt und hält an der Maskenpflicht und an resoluten *Lockdowns* fest. Trotzdem werden in dem Bundesstaat von Gouverneurin Gretchen Whitmer die Krankenhäuser mit Patienten überflutet und täglich werden mehr als 7.000 Neuinfektionen, das Siebenfache mehr als Ende Februar, gemeldet. Manche Epidemiologen meinen, dies läge an den klimatischen Unterschieden, weshalb sich der Virus weniger schnell in Texas oder Florida (beide republikanisch geführt und ohne Covid-19-Maßnahmen) verbreiten würde.

KEIN LOCKDOWN, KEINE MASKEN

Der renommierte und weltweit meistzitierte Epidemiologe John Ioannidis, Professor für Medizin, Epidemiologie und Bevölkerungsgesundheit an der *School of Medicine* der Universität Stanford, stellte dagegen fest, dass genau die Maßnahmen, wie *Lockdowns*, das ständige Tragen von Masken und das zu viele Testen symptomloser Menschen, die Zahlen wie auch die Patienten in die Höhe schießen lassen.

Ob es eine politische oder wissenschaftliche Entscheidung ist, ob man einen Bundesstaat öffnet oder nicht, darüber lässt sich sicherlich spekulieren. Fakt ist jedenfalls, dass Staaten wie Texas und Florida, weitaus niedrigere Infektionszahlen und eine niedrigere Sterberate haben, als Staaten mit harten Maßnahmen wie Michigan, Minnesota oder New York. Interessanterweise gibt es wenige Infektionen auch ohne ein schnelles Verimpfen der Covid-19-Impfstoffe und ohne Zwänge. Die Wirtschaft in Texas und Florida floriert und die Bewohner sind gesünder und können frei leben.

FÜNF JAHRE HAFT FÜR SPORT UND BESUCHE?

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Die Verunsicherung in Verbindung mit dem neuen Paragraphen 28b des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) ist groß. Vor allem Paragraph 74 IfSG hat es in sich, dieser ist zwar nicht neu, verweist aber auf die geplanten neuen Ordnungswidrigkeitentatbestände des Paragraph 73 IfSG und spricht von einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren bei Verstößen.

Das IfSG diente bis Anfang 2020 dazu, die Allgemeinheit vor meldepflichtigen und gefährlichen Krankheiten zu schützen. Tatsächlich Erkrankte wurden überwacht und gegebenenfalls isoliert, gesunde symptomlose Menschen tangierte das Gesetz nicht.

Mit Paragraph 28b IfSG ändert sich das gravierend. Über Paragraph 28b IfSG werden die nachfolgend beispielhaft benannten Tätigkeiten ab einer Inzidenz von 100 als Bußgeldtatbestand in den Paragraphen 73 IfSG aufgenommen: Private Zusammenkünfte mit mehr als einer weiteren Person eines anderen Haushaltes; Verlassen der eigenen Wohnung zwischen 22 und 5 Uhr ohne gewichtigen Grund; Öffnen von Freizeit- oder Kultureinrichtungen; Öffnen von Ladengeschäften soweit keine Ausnahme von diesem Verbot greift; Kontaktsport oder Sport mit drei Personen aus zwei Haushalten; Öffnen von Gaststätten; Nichttragen einer FFP-2-Maske beim Friseur oder im öffentlichen Personenverkehr; Zurverfügungstellen von Übernachtungsangeboten zu touristischen Zwecken. Ab einer Inzidenz von 165 gilt auch die Durchführung von Präsenzunterricht in Schulen als Ordnungswidrigkeit.

Natürlich bedeutet einer der obigen Verstöße zunächst einmal nur eine Ordnungswidrigkeit. Wenn aber die Voraussetzungen des Paragraphen 74 IfSG hinzukommen, welcher auf die oben genannten Handlungen verweist, dann kann mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bestraft werden, wer eine der obigen Handlungen vorsätzlich begeht und dadurch irgendeine der im IfSG als meldepflichtig bezeichnete Krankheiten oder Krankheitserreger überträgt und das sind eine ganze Menge, nicht nur Covid-19.

Natürlich müsste noch ein Vorsatz nachgewiesen werden, was noch konstruierter wäre. Die Übertragung zu beweisen, ist juristisch schwierig bis unmöglich, eine Haftstrafe unwahrscheinlich. Dennoch sollten bei jedem Demokraten sämtliche Alarmglocken läuten, wenn eine Regierung derartige Gesetzesentwürfe auch nur erwägt, da einem Missbrauch dieser »Regeln« zulasten von Andersdenkenden, bis hin zu diktatorischen Maßnahmen, Tür und Tor geöffnet sind.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung. Siehe auch querdenken-711.de, BewegungLeipzig.de *und viele weitere. Demotermine (Ort, Zeit, Titel) eintragen via nichtohneuns.de!*

DANKE:

Mit Ihrer Spende an die Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V. unterstützen Sie den Druck dieser Zeitung, professionellen Journalismus und die Arbeit für die Grundrechte in der Bundesrepublik Deutschland. – Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an KDW e.V., IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84

Pfingsten in Berlin

Grundrechte sind nicht verhandelbar.
Von Andrea Drescher

Vom 21. bis 24. Mai holen wir uns in Berlin unsere Grundrechte zurück. Wir sind der Souverän und haben das Recht dazu. Politiker sind die Repräsentanten und haben sich an unsere Forderungen zu halten. »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus«, GG Artikel 20 Abs. 2. Geplant sind vier Tage Programm. Angefangen wird mit Autokorsos am Freitag, einen lauten Sternenmarsch auf vier Routen mit Ziel Siegessäule und Ausklang, eine Großdemo mit fünf Bühnen bis hin zu 17 Stadtteildemos in ganz Berlin. Details dazu online: www.pfingsten-in-berlin.de sowie t.me/PfingsteninBerlin

Wir fordern:

- die Rücknahme aller Änderungen des Infektionsschutzgesetzes seit 18.11.2020
- die vollständige Wiederherstellung der Grundrechte
- das Recht auf selbst bestimmten Umgang mit unserem Körper ohne Gefahr gesellschaftlicher Diskriminierung
- den Schutz der Kinder vor Isolation, Repressalien und unerwünschten medizinischen Eingriffen durch den Staat
- die eigenverantwortliche Regelung des Umgangs mit alten oder kranken Familienangehörigen und Freunden
- die sofortige uneingeschränkte Öffnung von Handel, Dienstleistungen, Gastronomie und Kultur
- unabhängige wissenschaftsbasierte Entscheidungen
- eine zensurfreie Presse sowie Meinungsfreiheit in allen Medien
- dass alle Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden

Der Weg? Alle Menschen gehen gemeinsam für unsere Rechte auf die Straße. Nationalfahnen, Parteifahnen sowie alle extremistischen Symbole sind unerwünscht. Wir informieren und machen unseren Protest friedlich aber lautstark deutlich. Wichtiger Hinweis: Es gibt einen Plan B, C und D – je nach Vorgehen der Berliner Behörden. Wer sind wir? Wir sind Menschen, Du bist einer davon!

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

Online: nichtohneuns.de — Sendet uns die Termine Eurer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

24.04.2021 13-15 Uhr (jeden Sa)	Baden-Baden, Blume-Brunnen (Lange Str. 2)	Kundgebung WIR müssen reden - Immunität für Demokratie
24.04.2021 12-15 Uhr	Hamburg, Ort siehe Online	Autokorso für Grundrechte
24.04.2021 14-15:30 Uhr (jeden Sa)	Hagen, vor dem Allerwelthaus	Mahnwache für Frieden und Freiheit
24.04.2021 13:45-16 Uhr (jeden Sa)	Hannover, Schützenplatz	Autokorso für Grundrechte
24.04.2021 14-16 Uhr (jeden Sa)	München, Theresienwiese	Autokorso
24.04.2021 14-16 Uhr	Eisenberg, Festplatz	Schweigemarsch
24.04.2021 13-16 Uhr	Düsseldorf, Landtag	Studentendemo gegen Maßnahmenwut
24.04.2021 14-16:30 Uhr	Oldenburg, Schlossplatz	Kundgebung & Aufzug für Grundrechte
24.04.2021 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtpark	Spaziergang
24.04.2021 15-17 Uhr (jeden Sa)	Amstetten, Hauptplatz	Spaziergang
24.04.2021 14-17 Uhr (jeden Sa)	Fulda, Universitätsplatz	Demo für Frieden und Freiheit durch Eigenverantwortung
24.04.2021 15-17 Uhr (jeden Sa)	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Kundgebung und Aufzug
24.04.2021 14-17 Uhr	Berlin, Ecke Wilhelmstr/Franz-Klühs-Str.	Aufzug - Genug ist genug
24.04.2021 14-18 Uhr	Kaiserslautern, Messeplatz	Großdemo Lautern steht auf
24.04.2021 14-18 Uhr	Chemnitz, Brückenstr. / Karl-Marx-Monument	Kundgebung für Wahrheit, Freiheit, Frieden
24.04.2021 17-19 Uhr (jeden Sa)	Kirchdorf a.d. Krems, Rathausplatz	Spaziergang
24.04.2021 16:30-19 Uhr (jeden Sa)	München, Marienplatz	UlliOma & Friends
24.04.2021 16-19 Uhr (jeden 2. Sa)	Landshut, Parkplatz Wittstraße 1	Autokorso für Grundrechte
24.04.2021 18-19:30 Uhr (jeden Sa)	Reutlingen, Marktplatz	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Wahrheit und Demokratie
24.04.2021 14-19:45 Uhr	Aachen, Mohnheimsallee - Kurpark	Großdemo für die Freiheit und unsere Grundrechte!
24.04.2021 10-22 Uhr (täglich)	Berlin, Bundeskanzleramt	Mahnwache am Kanzleramt
25.04.2021 12:30-15 Uhr (jeden So)	Düsseldorf, Parkplatz P1 Messe (Lotzweg)	Autokorso für Grundrechte
25.04.2021 14-16 Uhr (jeden So)	Salzburg, Mozartplatz	Spaziergang
25.04.2021 13:30-16 Uhr	Sinsheim, Schwimmbadweg	Autokorso für Grundrechte
25.04.2021 14:30-16:30 Uhr (jeden 2. So)	Illertissen, Marktplatz	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
25.04.2021 14-17 Uhr	Hanau, Parkplatz Schlosspark Philippsruhe	Spaziergang für Grundrechte
25.04.2021 15:30-17:30 Uhr (jeden So)	Olching, Volksfestplatz (Toni-März-Str. 1)	Kundgebung für Grundrechte
25.04.2021 14:30-20 Uhr	Berlin, Lipschitzplatz	Demotour - Wir sind viele
25.04.2021 16-20 Uhr	Landshut, Grieserwiese - Wittstraße 9	Autokorso für Grundrechte
25.04.2021 17-20 Uhr	Krumbach (Schwaben), Schulamt	Aktion Luftballons - Wir geben Kindern eine Stimme
26.04.2021 13-13:30 Uhr (jeden Mo)	Neu-Ulm, Kantstraße 8	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
26.04.2021 11-14 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache vor dem RKI
26.04.2021 17-19 Uhr (jeden Mo)	München, Marienplatz o. Max-Joseph-Platz	Magic Monday MediTANZion
26.04.2021 18-19:30 Uhr (jeden Mo)	Zwickau, Hauptmarkt	Montagsdemo - Wir müssen reden!
26.04.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Klagenfurt, Neuer Platz	Lichtermarsch
26.04.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königs Wusterhausen, Schloßstr.	Demokratieflashmob
26.04.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Osnabrück, Rathaus	Montagsdemo
26.04.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Kaiserdamm/Witzlebenplatz	Abendläuten
26.04.2021 14-20 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Brandenburger Tor	Demo für Grundrechte & Selbstbestimmung
26.04.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Balingen, Parkplatz Sparkassen-Arena B27/B463	Autokorso für Grundrechte
26.04.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Stralsund, Alter Markt	Informationsaustauch & Spaziergang
26.04.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Konstanz, Konstanzer Münster (Münsterpl. 1)	Montagsspaziergang
26.04.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Weimar, Theaterplatz	Montagsspaziergang
26.04.2021 18-21 Uhr (jeden Mo)	Oranienburg, Schloßplatz	Montagsdemo
26.04.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Neubrandenburg, Marktplatz	Montagsspaziergang
26.04.2021 18-21 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Parkplatz am S-Bhf Pankow-Heinersdorf	Autokorso Berlin Nord
26.04.2021 18:30-21 Uhr (jeden Mo)	Nürnberg, Jakobsplatz	Montagsspaziergang für Grundrechte und Gesundheit
27.04.2021 11-13 Uhr (jeden Di)	Günzburg, Wätteplatz	Demo gegen Coronamaßnahmen und Impfpflicht
27.04.2021 18:30-19:30 Uhr (jeden Di)	Schwäbisch Gmünd, Marktplatz	Mahnwache
27.04.2021 17:30-21 Uhr (jeden Di)	Freiburg, Parkplatz des neuen SC-Stadions	Autokorso für Grundrechte
27.04.2021 18-21 Uhr (jeden Di)	Dortmund, Parkplatz E2 Reymdamm	Autokorso für Grundrechte
28.04.2021 13-16 Uhr (jeden Mi)	Berlin, Potsdamer Pl. Ecke Ebertstr.	Mahnwache "Im Namen der Kunst"
28.04.2021 18-19 Uhr (jeden Mi)	Hanau, Marktplatz	Mahnwache für Grundrechte
29.04.2021 16-18 Uhr (jeden Do)	Berlin, Ecke Wilmersdorfer Str./Goethestr.	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog Charlottenburg
29.04.2021 18-19 Uhr (jeden Do)	Poing, Marktplatz/direkt am S-Bhf	Versammlung für Wahrheit, Frieden, Freiheit und Toleranz
29.04.2021 17-19 Uhr (jeden Do)	Traunstein, Stadtplatz	Lasst uns reden
29.04.2021 18-19 Uhr (jeden Do)	Hanau, Rochusplatz	Mahnwache für Grundrechte
29.04.2021 18-20 Uhr (jeden Do)	Burgau, Rathaus	Demo gegen Coronamaßnahmen und Impfpflicht
29.04.2021 18-21 Uhr (jeden Do)	Hagen, Am Sportpark 34	Autokorso für Grundrechte
30.04.2021 15:30-18:15 Uhr (jeden Fr)	Bargteheide, Markt/Stadtpark	Mahnwache für Frieden & Dialog
30.04.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	Linz, Hauptplatz	Fest für die Freiheit
30.04.2021 16:30-19 Uhr (jeden Fr)	Kassel, Parkplatz Messehalle P1 Süd	Autokorso für Grundrechte
30.04.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	München, Karlsplatz (oder: siehe online)	Open Mic - Demokratie leben
30.04.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	Traunreut, Rathausplatz	Lasst uns reden
30.04.2021 18-20 Uhr (jeden 2. Fr)	Weißenhorn, Rathausplatz	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
30.04.2021 17:30-20 Uhr (jeden Fr)	Spremberg, Parkplatz Georgenstraße	Autokorso für Grundrechte
30.04.2021 18-20 Uhr (jeden Fr)	Berlin, P+R Parkplatz Böhlener Str. (U Hönow)	Autokorso Berlin Ost
30.04.2021 18-22 Uhr	Darmstadt, Karolinenplatz	Aufzug und Kundgebung für Grundrechte
01.05.2021 14-16 Uhr	Hannover, Trammplatz	Demo für Freiheit, Selbstbestimmung
01.05.2021 19-21 Uhr (jeden 2. Sa)	Rheinstetten, Rappenwörthstr. 49	Abendspaziergang
01.05.2021 14-22 Uhr	München, Theresienwiese	Großdemonstration
02.05.2021 15-23:59 Uhr	Augsburg, Plärrergelände	Tanz in den Mai
03.05.2021 17-19 Uhr (jeden 2. Mo)	Eberswalde, Marktplatz	Montagsdemo Eberswalde
07.05.2021 18-20 Uhr (jeden 2. Fr)	Balingen, Marktplatz / Stadtkirche	Frühlingserwachen für Freiheit u. Demokratie
08.05.2021 15-18 Uhr	Hof, Kugelbrunnen	Hof steht auf - Jubiläumsdemonstration
09.05.2021 15:30-17:30 Uhr	Villingen-Schwenningen, Latscharіplatz	Großdemo und Aufzug für Grundrechte

Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN

Rock ’n’ Roll: Bei jeder Demo dabei

Trotz Prellungen nach Polizeiübergriff lässt sich Mathias S. nicht aufhalten. | Von Sophia-Maria Antonulas

»Für mich ist jede Demonstration für die Wiederherstellung der Grundrechte ein wichtiger Termin«, erklärt Mathias S. der Rollstuhlfahrer aus Berlin, der von der Polizei bei einer Kundgebung vor dem Gesundheitsministerium am vergangenen Samstag so brutal verhaftet wurde, dass ein Polizeibeamter dabei sogar ein Rad des Rollstuhls abriss. »Aber einer der wichtigsten Demonstrationen ist die hier gegen die erneute Änderung des Infektionsschutzgesetz. Auch wenn ich noch immer Schmerzen von den Prellungen durch die Festnahme am 17. April habe.«

ROCKER ALS DEMO-LEIBWÄCHTER

Mathias S. ist gelernter Pflegehelfer. Nach einem Schlaganfall sitzt er seit zwei Jahren im Rollstuhl. Angeblich wegen Corona kann auch seine Reha nicht stattfinden. »So genau konnte mir das noch niemand erklären, warum es keine Reha für mich gibt«, erzählt Mathias S. »Ich werde wieder laufen können, aber dazu muss ich meine Therapien bekommen.« Auch mit seiner geplanten Ausbildung zum Sozialarbeiter scheint es nicht so richtig voranzugehen. »Das Jobcenter ist anscheinend überlastet und kann sich nicht darum kümmern. Wenn ich einmal Sozialarbeiter bin, will ich mich jedenfalls um Obdachlose und Drogenabhängige kümmern.« Bei den Demonstrationen ist Mathias S. jedenfalls Teil der Freedom Parade, die inzwischen »wie eine Familie für mich ist«. Und »für die nächste Demos haben sich sogar schon mehrere Rocker angekündigt, die meine Leibwächter sein möchten«.



Mathias S. wird in seinem Rollstuhl von Berliner Polizeibeamten festgenommen. Foto: DW/Spraul





Der gelernte Pflegehelfer umringt von DemokratInnen, die zu ihm stehen. Foto: Hannes Henkelmann

Die »Keine Demo« in Kempten

Unser rasender Reporter Klark Kent über den 17. April 2020 und den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts, der damals von Michael Ballweg erwirkt worden war.

Die Stadt Stuttgart wurde an diesem Tag verpflichtet, über die Zulässigkeit der angemeldeten Versammlung zu entscheiden. Zuvor hatte sich die Stadt Stuttgart geweigert, ein Versammlungsverbot auszusprechen beziehungsweise einen ablehnenden Bescheid auszustellen. Sie verwies auf die Corona-Verordnung, die ein Verbot von Versammlungen beinhaltet. Dieses Jahr hätten wir am 17. April mit der Kundgebung in Kempten das Gerichtsurteil nochmals feiern können. Stattdessen verbat sie der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (BayVGH) erneut mit Verweis auf den Infektionsschutz.

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat in einem grundlegenden Urteil zum Versammlungsrecht klargestellt, dass für ein Verbot einer Demonstration ein bloßer Verdacht oder Vermutungen nicht ausreichend sind, um die Versammlung zu verbieten, sondern die Gefahrenprognose müsse auf konkreten Sachverhalten und/oder Tatsachen beruhen (BVerfG, 14.5.1985, Az.: 1 BvR 233, 341/81).

Trotz des Verbots der Demo am Samstag fanden sich über 1.000 Demonstranten ein. Das Polizeiaufgebot war hoch und ein Hubschrauber patrouillierte über der Fußgängerzone. Der gesamte Marktplatz wurde von der Polizei geräumt. Nur die Marktstände blieben einsam zurück. Familien mit Kindern wurden zwischen Residenzplatz und Gerberstraße eingekesselt und voneinander getrennt. Sie mussten dort ausharren und erhielten keine Erklärung oder Hilfe. Rund 300 Personen wurden von der Polizei angezeigt. Die Polizei griff hart zu: So rissen sie einem Passanten, der wie ein »Demonstrant« aussah, einen Ärmel von seinem Hemd ab. Eine ältere Frau wurde gefesselt und abgeführt, weil sie angeblich die Beamten beleidigt haben soll, allerdings mit »bekloppt« die Lage in der Innenstadt meinte und nicht die Polizisten. Der Hund, den sie bei sich hatte, sowie sie selbst gerieten während der Festnahme in Panik. Sie machte die Polizisten auch auf ihren Herzschrittmacher aufmerksam. Auch die Antifa wurde von der Polizei gejagt. Das Ganze hatte etwas von einem Katz-und-Maus-Spiel. Die Polizei jagte die Leute, die immer wieder den Standort wechselten. Amüsanterweise brachten die »Querdenker« den Marktständen Umsatz während die Polizei durch die Absperrung das unterband. Die »Nicht-Demo« in Kempten ist allerdings als Erfolg zu verbuchen, denn die Bewohner haben anscheinend auch verstanden, dass die Polizei sich nicht an die Regeln hält, die sie selber versuchen so vehement zu verteidigen. Das System zerstört sich von selbst.



»Aufbruch zum grundsätzlichen Wandel«

oder Kunst und Kultur ist Menschenrecht. | Von Hannes Henkelmann

Heute bin ich beim Künstlerduo Sago in Essen. Wir sitzen in einer alten Backstube, die das Duo zu ihrem eigenen Hinterhoftheater umfunktioniert hat. Wir sprechen über Mercedes, Musik und einen ominösen Meldebogen.

DW: Könnne Sie sich bitte mal kurz vorstellen.
Isabel Katharina Sandig: Wir sind Sago, Isabel Katharina Sandig und Ralf Gottesleben. Seit 1996 sind wir künstlerisch freischaffend als Musiker und Sängerin sowie als SchauspielerIn tätig. Seit 2002 mit eigener Spielstätte. Das Sago Hinterhoftheater in Essen-Rüttenscheid, mitten im Herzen des Ruhrgebiets. Unsere Schwerpunkte sind Chansonprogramme, Theaterstücke und Freie Rezitationen. Neben Vorstellungen gestalten wir auch Feierlichkeiten, Fortbildungen und Theaterprojekte – je innovativer die Anfrage, desto aufregender gestaltet sich die Zusammenarbeit. Darüber hinaus sind wir auch bundesweit auf Achse.

Welche Auswirkungen haben die Corona-Maßnahmen auf Ihre künstlerische Tätigkeit?
Ralf Gottesleben: Seit 9. März 2020 ist unser Theater geschlossen. Aufgrund der Raumgröße und des Konzeptes unserer Spielstätte konnten wir noch nicht mal temporär öffnen. Die Corona-Soforthilfe kam erst nach zehn Wochen und um es ganz klar und deutlich zu sagen, das Schölzchen war nicht gerade spendabel. Auch psychisch ist die Schließung nur schwer zu ertragen. Wir haben unser Unternehmen über viele Jahre aufgebaut und waren bis letztes Jahr sehr erfolgreich. Für uns ist Kunst und Kultur übrigens ein Menschenrecht und damit systemrelevant.


Das Künstlerduo Sago lässt sich nicht unterkriegen. Foto: Hannes Henkelmann

Wie geht es Ihnen damit, wenn Sie jetzt hören, dass die Mercedes-Benz AG ihre Dividende für 2020 um 50 Prozent erhöht und vorher 700 Millionen Euro Kurzarbeitergeld vom Staat abgegriffen hat?
Sandig: Wir waren stinksauer, als wir das gehört haben. Die Krise spaltet auch in diesem Sinne die Gesellschaft. Während die einen verlieren, streichen sich andere Mega-Gewinne ein. Und das auch noch mit unseren Steuergeldern. Dieses Ungleichgewicht muss aufhören. Dazu gehört eine Politik der Verantwortung.
Gottesleben: Im übrigen braucht die Menschheit keinen Mercedes, wir brauchen mehr Klaviere! Wenn Du Musik machst, schwebst du quasi im Rolls-Royce durch die schönsten Gedankenwelten.

Vermutlich sind Sie schon länger im Widerstand?
Frau Sandig: Ja! Nach über einem Jahr Arbeitsverbot und einer desaströsen Politik, die unverhältnismäßig auf diese Krise reagiert, sahen wir uns gezwungen, aktiv zu werden. Nach Bekenntnissen im persönlichen Umfeld positionieren wir uns nun auch im öffentlichen Raum. Wir machen mittels künstlerischer Aktionen auf die unhaltbaren Zustände aufmerksam und nehmen an Demos teil. Im Austausch mit anderen merken wir, dass viele – verhaftet in Angst vor dem Virus – Aktionen des Widerstands als Provokation empfinden, was wir wiederum als Taten des Aufbruchs zum grundsätzlichen Wandel sehen. Gottesleben (ergänzt und geht dabei richtig aus dem Sattel): Wir haben viele Bekannte, die auch genau wissen, was Phase ist, die aber den Arsch nicht hochkriegen. Und diese Jungs warne ich eindringlich davor, sich, wenn der ganze Zinnober vorbei ist, als ehemalige Widerständler zu inszenieren. Wer das wagt, wird von mir öffentlich in den Senkel gestellt. In der Beziehung habe ich ein Gedächtnis wie ein Elefant.

Die Stadt Essen hat sich in *punkto* Denunzieren unrühmlich hervorgetan. Können Sie kurz darüber berichten?
Frau Sandig: Aufgrund der angeblich vielen Verstöße gegen die Hygieneregeln wurde die Bevölkerung hier von den Behörden um Mithilfe gebeten. Die Stadt Essen hat dafür den bundesweit ersten Online-Meldebogen für Verstöße (im Volksmund Denunziationsbogen genannt) ins Netz gestellt. Ein echter Tiefpunkt in der Essener Stadthistorie. Wir haben der Stadtverwaltung daraufhin, wie viele andere auch, unser Entsetzen mitgeteilt. Was uns das Essener Ordnungsamt geantwortet hat, spottete jeder Beschreibung, da wurde unter anderem von »Beschwerden kanalisieren« gefaselt.

Wie sieht es denn momentan in der Kunstszene in NRW aus?
Gottesleben: Genauso wie in anderen Bundesländern. Ziemlich mau. Leider sind wir nicht gut miteinander vernetzt und als Kunstszene auch wenig solidarisch unterwegs. Die großen Namen enttäuschen zumeist, wobei sich manche sogar noch als Impf-Botschafter hergeben. Das ist erbärmlich. Viele lokale Künstler sind städtisch unterstützt und warten ab. Wir sind weiter auf der Suche nach Kunstschaffenden, die sich mit uns in diesen Zeiten klar zur Aufklärung bekennen und ein Netzwerk für Austausch und zukünftige Zusammenarbeit konstituieren. Wir würden uns diesbezüglich über Rückmeldungen freuen.
Email: duosago@sago-kultour.de

Wie geht es bei Ihnen weiter?
Sandig: Wir sind motiviert. Wir werden unsere Räume zeitnah öffnen. Für Begegnung und Austausch.
Gottesleben: Wir sind nicht wegzukriegen. Fettich!

Briefe an die Redaktion

FRIEDEN, FREIHEIT, LIEBE, WAHRHEIT
Leider bin ich doch schon etwas demomüde – ich bin 66 Jahre alt. Ich bin absoluter Maskenhasser. Nur Sklaven tragen Masken. Jetzt soll ich so was tragen auf einer Demo und mich mit der Polizei rumschlagen, diesen gehirngewaschenen Polizisten. Zweimal konnte ich gerade noch Ordnungsstrafen abwenden. Spätestens am 1. August bin ich aber wieder in Berlin. Ich bin ein Fan von Michael Ballweg. Mein Bauchgefühl sagt mir, dass er ein guter Mensch ist. Herzliche, demokratische Frühlingsgrüße hier aus Ruhlsdorf – Axel S.

FÜR EIN VERBOT VON MASSENTESTUNGEN
Mit großer Bewunderung verfolge ich seit Anbeginn den gesamten Einsatz des Demokratischen Widerstandes. Ich habe mir zur Frage der Zuspitzung auf einen Erfolg der Bewegung Gedanken gemacht. Konkret, wie wir mit einer möglichst breiten Minimal-Forderung möglichst viele Menschen erreichen können. Die Stoßrichtung ist: Alle Kräfte für ein Verbot von Massentestungen an Gesunden! – Bertram B.

HERZLICHE GRÜSSE
Vielen Dank euch allen für so viel Mut und Aufrichtigkeit in diesen dunklen Zeiten. – Monika P.

ANREGUNG
Ich möchte Sie ermutigen, den Widerstand weiter zu intensivieren. Denn Teilnehmerzahlen von 200 bei Demonstrationen sind nicht relevant. Wo bleibt der Mittelstand, wo die Arbeiterschaft, wo die Intellektuellen? Es scheint überall eine große Bereitschaft zu geben, sich der Bevormundung einfach zu beugen. – Elano B.

HOW DARE YOU?
Meine Worte an die Kanzlerin: *How dare you*, also wie können Sie es wagen, das öffentliche Leben, ohne wissenschaftliche Grundlagen zum Schaden des Deutschen Volkes lahmzulegen? Unsere wirtschaftliche Basis, den Mittelstand und die Zukunft unserer Kinder zu zerstören, einen ungeprüften Impfstoff dem Volk aufzuoktroyieren, ohne die wissenschaftlichen Fakten zu berücksichtigen? – anonym

WAHRHEIT UND AUFKLÄRUNG
Ich erwarte jede Woche immer wieder gespannt Ihre großartige Zeitung. Es gibt leider heutzutage nur wenige Printmedien, die sich der Wahrheit und der Aufklärung verschreiben und den Bürger informieren statt zu instrumentalisieren. Ich las jahrelang die *taz* und wurde vergangenes Jahr zutiefst enttäuscht. Umso größer die Freude, nun den Demokratischen Widerstand auf meinem Küchentisch liegen zu sehen. Weiter so! – Hannes S.



ZEITUNGSWUNDER 20/21: Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand seit 17. April 2020 mit teils über 560.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage von über 11 Millionen in 45 Ausgaben. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW N°37 vom 20. Feb 2021.



Um mehr Geld zu kassieren: Krankenhäuser verschieben freie Betten einfach auf die Gänge. *Foto: Joseph Scozzari*

Das Märchen von den überforderten Intensivstationen

Der knallharte Überlebenskampf zwingt deutsche Kliniken zur Erzeugung falscher Zahlen, zu Konkurrenzdruck und Bilanzbetrug. | Von Herrmann Ploppa

Kanzlerin Merkel hat sich die neuen Sondervollmachten vom Bundestag gewähren lassen, um einen gesundheitlichen Notstand wirkungsvoll zu bekämpfen. So sagt sie.

Als zentrale Begründungen für den bundesweiten Hausarrest mit nachgereichter Impfpflicht führt Merkel an: erstens die hohen Inzidenzwerte. Nun wissen wir alle, dass die Inzidenzwerte dadurch zustande kommen, dass die Leute »kostenlose« Corona-Selbsttests machen und dann möglicherweise ganz verängstigt zum nächsten PCR-Test eilen. Aber auf diese Weise erzeugte Inzidenzen sind ohne Aussagewert, weil sie keine prozentualen Beziehungen zur Gesamtbevölkerung darstellen. Und der andere Grund zum Hausarrest: die Intensivstationen in deutschen Krankenhäusern seien hoffnungslos überfüllt. Demnächst müssten dann mit dem Tod ringende Patienten nachhause geschickt werden. Ein Fall für die so genannte »Triage«: Ärzte selektieren, wer als lebenswert zu gelten hat und wer nicht.

Stimmt das mit den überlasteten Intensivstationen? Zweifel sind angebracht. Zunächst einmal wurde die Anzahl der Intensivbetten in Deutschland über die Jahrzehnte immer weiter aufgebaut. So verfügten Deutschlands Krankenhäuser bis zum Jahre 2020 noch über 32.000 Intensivbetten. Diese wurden jedoch schon zwischen Juli und November 2020 auf 28.814 Intensivbetten heruntergefahren. Das alleine gibt schon sehr zu denken. Jedoch schrumpfte die Anzahl der Intensivbetten noch einmal um etwa 6.000 auf heute noch 22.901. Wie kommt es, dass gerade in Zeiten einer angeblich derart schweren Seuche 10.000 Intensivbetten abgebaut werden? Der ehemalige Hauptgeschäftsführer Georg Baum begründete das damit, dass »die Belegungsdichte zur Infektionsprävention zurückgefahren werden muss und weil Mitarbeiter erkranken und quarantänebedingt ausfallen«. Nun ja, aber wenn wirklich so eine große Gefahr für den Fortbestand der Bevölkerung durch Corona bestehen würde, müssten doch alle Mittel der Welt in Bewegung gesetzt werden, um dieser Gefahr zu begegnen?

TASCHENSPIELERTRICKS UM INTENSIVBETTENBELEGUNG ZU MANIPULIEREN

Wir nähern uns dem Thema an, wenn wir das DIVI-Register betrachten. Die Deutsche Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin veröffentlicht seit Beginn der Corona-Kampagne ausführliche Berichte über die Situation der Intensivstationen, und zwar für jedes einzelne Krankenhaus in unserer Republik. Der Youtuber Samuel Eckert hat sich die Mühe gemacht, die Situation jeder einzelnen Intensivstation zu analysieren. Wir sehen dabei: die Anzahl der Intensivpatienten ist über die ganze Corona-Welle hinweg immer gleich geblieben. Es gibt im Augenblick sogar weniger Intensivpatienten als im Sommer letzten Jahres. Das kann gar nicht anders sein. Dem entspricht nämlich, dass wir in diesem Frühjahr deutlich weniger Sterblichkeit haben als im Mittel der letzten vier Jahre. Was also ist anders? Wie kommt es, dass die Intensivstationen dennoch eine Auslastung von bis zu hundert Prozent an DIVI melden? Nun, am 19. November 2020, im Windschatten der Neufassung des umstrittenen Infektionsschutzgesetzes wurde auch das Krankenhausfinanzierungsgesetz geändert. In der Neufassung ist vorgesehen, dass Krankenhäuser für ihre Intensivstationen besondere Förderbeträge aus dem Gesundheitsfonds bekommen. Voraussetzung: im Landkreis des betreffenden Krankenhauses übersteigt der Inzidenzwert 70 auf 100.000 Einwohner. Zudem muss die Intensivstation zu über 75 Prozent mit Patienten belegt sein. Den erforderlichen Inzidenzwert schaffen wir locker. Aber um eine Belegung der Intensivstationen mit über drei Viertel melden zu können, bedienen sich die Krankenhausmanager eines bestechend einfachen Tricks: Die Krankenhäuser schieben einfach leere Betten aus der Intensivstation auf den Korridor, melden die Betten ab – und schon sind sie am Limit! Dass so etwas möglich ist, kann man sich als Außenstehender kaum vorstellen, aber so einfach ist das tatsächlich. Das Krankenhaus Offenbach hatte im April 2020 noch 57 Intensivbetten – jetzt sind es noch 25. Noch einmal: die Anzahl der Intensivpatienten ist im Lauf der letzten zwölf Monate immer einigermaßen gleich geblieben. Nur die Belegung, dargestellt in Prozenten, hat massiv zugenommen. Das Krankenhaus Waldshut baute in diesem Zeitraum von 44 Betten auf 15 Betten ab. Das Krankenhaus Dachau halbierte von 60 auf 30 Intensivbetten. Und überall fand der Abbau exakt nach Inkrafttreten des überarbeiteten Krankenhausfinanzierungsgesetzes statt. Und zwar drastisch. Es ist zwar legitim, der Öffentlichkeit mitzuteilen, dass die Intensivstationen jetzt zu annähernd hundert Prozent belegt sind. Es ist aber extrem unseriös, mit solchen Prozenten hausieren zu gehen, ohne mitzuteilen, dass die Anzahl der Intensivpatienten über die ganze Zeit gleich geblieben ist und jetzt sogar abnimmt. Auf solche erbärmlichen Taschenspielertricks stützt die Bundeskanzlerin ihre Rechtfertigung, die Grundfesten der Demokratie zu zerstören.

Jene Taschenspielertricks sind möglich geworden in einer verwilderten Krankenhauslandschaft. Früher waren die Krankenhäuser Teil des öffentlichen Versorgungsauftrags. Etwa seit Mitte der 1980er Jahre wurde auf Druck von Lobbyverbänden Profitorientierung im Gesundheitswesen zunehmend eingebracht. Wo früher städtische und kirchliche Krankenhäuser gute Arbeit geleistet haben, sind nun immer mehr private Krankenhäuser aufgemacht worden. So schreibt das Ärzteblatt: »Bei den Krankenhausträgern gab es eine deutliche Verschiebung von den kommunalen zu privaten Trägern: War 1991 jede zweite Klinik in öffentlicher Hand (46 Prozent), so ist der Anteil seither auf 29 Prozent geschrumpft. 34 Prozent wurden von Kirchen, Stiftungen oder Vereinen unterhalten (freigemeinnützige Träger). 1991 waren es 39 Prozent. Der Anteil der privaten Träger stieg von 15 Prozent 1991 auf 37 Prozent.«

GROSSES STERBEN – DER KRANKENHÄUSER

Damit einher geht auch das große Krankenhaus-Sterben. Denn aus demselben Ärzteblatt-Artikel erfahren wir, dass seit der Privatisierung des Gesundheitswesens ein Viertel aller Krankenhäuser geschlossen wurden. Es handelt sich vornehmlich um kleine Krankenhäuser in der Fläche. Kommunale Krankenhäuser, die einen umfassenden Versorgungsauftrag zu erfüllen haben, verlieren lukrative Patienten an Privatkliniken und müssen sehen, wie sie mit der berüchtigten Fallpauschale noch rentabel arbeiten können. Bis sie schlicht und ergreifend pleite sind und abgewickelt werden. Da jenes pervertierte Rentabilitätsgebot anstelle des Versorgungsauftrags gilt, versucht jeder Geschäftsführer eines Krankenhauses überall noch Geld zu akquirieren. Gegen das private Asklepios-Krankenhaus in Harz-Ort Seesen ermittelt die Staatsanwaltschaft Braunschweig wegen möglicherweise »zu Unrecht erhaltener Zahlungen für freigehaltene Corona-Betten« (das war letztes Jahr). Die miese Trickserei mit den am Limit arbeitenden Intensivstationen, die in Wirklichkeit nur ihre Bettenzahl reduziert haben, ist eine logische Konsequenz des mörderischen Rentabilitätsdrucks im Gesundheitswesen. Man kann hier ansatzweise auf Mitleid plädieren. Dass die Bundesregierung diese statistischen Notlügen der leidenden Krankenhäuser als Begründung für die Abschaffung der Demokratie missbraucht, ist allerdings durch rein gar nichts zu entschuldigen.



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

MELDUNG

FUKUSHIMA: RADIOAKTIVES WASSER WIRD IN DEN OZEAN GEKIPPT

Tokyo/DW. Die japanische Regierung hat beschlossen, das radioaktiv verstrahlte Kühlwasser des Reaktors in Fukushima in das offene Meer zu entlassen. Auf dem Gelände des AKW sei kein Platz mehr für weitere Tonnen mit gespeichertem nuklearen Wasser. Die Nachbarstaaten haben energisch protestiert. Die Einleitung in den Ozean soll laut der Betreibergesellschaft Tepco dreißig Jahre dauern. (hp)

HÄNDLER UND GASTRONOMEN KLAGEN

Berlin/DW. Eine Gruppe von Händlern und Gastronomen zieht gegen die staatlich angeordnete Schließung ihrer Betriebe vor das Bundesverfassungsgericht. Sie seien »schlicht am Ende«, erklärte der Vorstandschef des Sporthandelsverbunds Intersport dem Handelsblatt. Außerdem fühlen sie sich gegenüber anderen Branchen, die bei höheren Inzidenzen weiter öffnen können, ungleich behandelt. Darum fordern sie jetzt: Die Beendigung des *Lockdowns* oder eine Entschädigung für die erlittenen finanziellen Einbußen. (rop)

EU-SCHULDENAUFNAHME: EILANTRAG ABGELEHNT

Karlsruhe/DW. Das Bundesverfassungsgericht lehnte einen Eilantrag ab, der die Schuldenaufnahme durch die EU stoppen sollte. Mit einem Eilantrag wollte eine Bürgerinitiative den 750 Milliarden Euro schweren Corona-Aufbaufonds der Europäischen Union stoppen. Die Entscheidung über die Verfassungsklage steht allerdings noch aus. Wann das Bundesverfassungsgericht in der Hauptsache entscheiden will, ist noch nicht klar. Mit dem 750-Milliarden-Fonds soll der wirtschaftliche Aufbau in der EU nach der Pandemie gefördert werden. Einen Teil gibt es als Zuschüsse, einen Teil als Darlehen. (sma)

Da die großen Plattformen wie youtube, facebook und google Oppositionelle immer offener zensieren oder unauffindbar machen, stellen wir Ihnen hier eine kleine Linksammlung zusammen, mit der Sie direkt an Informationen gelangen können.

demokratischerwiderstand.de
demokratischegewerkschaft.de
kenfm.de
rubikon.news
corodoks.de
corona-ausschuss.de
mutigmacher.org
multipolar-magazin.de
ärzte-für-aufklärung.de
klagepaten.eu
miloszmatuschek.substack.com

*Diese **»Banken«** schlossen oder verweigerten dieser Wochenzeitung aus regierungspolitischen Gründen die Konten. In der vergangenen Woche sprerrte auch die Penta Bank ohne Vorwarnung vorübergehend unser Konto.*







AUSGERECHNET IN CORONA-ZEITEN: BERLINER MIETENDECKEL GEKIPPT

Die Berliner Mieter spüren, für wen die Politik gemacht wird.
Ein KOMMENTAR von Hermann Ploppa

Die Arroganz der Macht erreicht immer neue Höchstwerte. Im Windschatten der Corona-Kampagne wird ein deftiger Klassenkampf der Superreichen und ihrer Paladine gegen die Bevölkerung durchgezogen. Munter werden die Solidarkassen geplündert bis der Arzt kommt.

Die solidarische Rentenkasse befindet sich unter schwerster Artillerie durch die Europäische Union (DW berichtete darüber). Aus den Krankenkassen holt Bundesgesundheitsminister Spahn wie die Karnevalsprinzessin die Karamellbonbons und wirft sie sinn- und planlos mal hierhin, mal dorthin. In dieses Bild reiht sich auch das skandalöse Urteil des Bundesverfassungsgerichtes ein, den Berliner Mietendeckel zu kippen. Seit 2020 setzte der Berliner Senat Obergrenzen für Mieten in der Hauptstadt fest. Nun befand der von Frau Merkel handverlesene oberste Gerichtshof in Karlsruhe, das sei nicht rechtens. Es ist nicht auszuschließen, dass der Berliner Rot-rotgrüne Senat ein Gesetz erlassen hat, das von Anfang an juristisch nicht ganz wasserdicht war und damit dem Merkel-Gerichtshof eine unfreiwillige Steilvorlage geliefert haben könnte.

HUMANES SCHLACHTEN DER BERLINER MIETER

Jetzt sieht die Lage für die Berliner Mieter stockfinster aus. Denn nun wollen die großen Mietgesellschaften den in einem Jahr angehäuften Differenzbetrag zwischen Mietendeckel und dem zuvor vertraglich festgelegten Mietbetrag einfordern. Manche Miethaie bieten ihren Mietern ein Teil-Nachzahlungsmodell an. Humanes Töten sozusagen. Wird der Berliner Lifestyle-Senat die Mieter jetzt mit ihren Miet-Deckeln im Regen stehen lassen? Das wäre unanständig. Denn dank Corona befinden sich viele Familien sowieso schon vor dem Ruin, massiv angezählt durch Kurzarbeiter-Existenz oder Home-Office-Arbeit mit quakenden Kindern, die nicht in die Kita oder in die Schule gehen dürfen. Interessiert das noch jemanden in der pseudolinken Filterblase der Lederer-Astronauten? Vermutlich nicht.

KLEPTOKRATEN IM SENAT UND IM IMMOBILIENHAI-BECKEN

Dass der Berliner Senat überhaupt ein juristisch höchst wackeliges Mietendeckel-Experiment unternommen hat, kann man eigentlich nur als Symbolpolitik werten. Warum? Gehen wir mal ein wenig zurück in der Berliner Stadtgeschichte. Die Linkspartei hieß dereinst PDS und war in Ostberlin stärkste politische Kraft. Zusammen mit der SPD stellten sie locker die Berliner Stadtregierung. Finanzsenator war damals der reichlich rechtslastige SPD-Rabauke Thilo Sarrazin. Das störte aber damals noch niemanden aus der politisch korrekten Riege der Neuen Selbstgerechten. Der SPD/PDS-Senat hatte jedenfalls nichts Besseres zu tun, als so rasch wie möglich die mühsam von den Eltern und Großeltern aufgebauten öffentlichen Wohnungen an Investoren-Heuschrecken zu Dumpingpreisen zu verschachern.

Insgesamt sind bis heute etwa 70.000 gemeinnützige Wohnungen zu Spekulationsobjekten degradiert worden. Logisch, dass dann irgendwann die Berliner Mietpreise »marktkonform« gemacht werden. Auch der jetzige SPD/»Linke«/»Grüne«-Senat brilliert vornehmlich durch wohlfeile Übereignung von öffentlichen Liegenschaften an befreundete Spezialisten aus der Geldwäscherszene.

Der Innensenator Geisel wollte den Mauerpark verschachern. Der Flughafen Tempelhof sollte ebenfalls über den Ladentisch gehen. Gottlob sind die Berliner ein kampflustiges Völkchen. Sie haben beide Vorhaben vereitelt. Auch jetzt müssen sich die Berliner selber ihr Wohnrecht erkämpfen. Sie müssen sich an die Tugenden ihrer Vorfahren erinnern und Genossenschaften gründen. Sie müssen so viel Druck von der Straße entfalten, dass die Kleptokraten im Senat und im Immobilienhai-Becken es mit der Angst zu tun bekommen und einlenken. Die Berliner müssen sich ihr Berlin zurückerobern. Und zwar bevor der Kaiserdamm in Bill-Gates-Avenue umbenannt wird.

Krankenpfleger, Altenpfleger: Kündigung als letzter Ausweg?

Miserable Arbeitsbedingungen, wenig Wertschätzung: Viele Gesundheitsarbeiter schmeißen hin. | Von Herrmann Ploppa

Viel war in Corona-Zeiten zu hören, wie toll die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Krankenhäusern und Pflegeheimen ihren »Job« machen. Außer warmen Worten, und auch das nur kurzzeitig, haben wir für diese wahren Helden wenig unternommen.

Besonders Frauen werden in der Pflegebranche miserabel bezahlt und aufgrund ihres Geschlechtes mit einem im Schnitt 10 bis 25 Prozent niedrigeren Lohn abgefunden als ihre männlichen Kollegen. Schichtarbeit ist besonders gesundheitsschädlich und verkürzt nachweislich die Lebenserwartung. Wenn dann noch das Betriebsklima nicht stimmt, geht gar nichts mehr. So ist die Fluktuationsrate in dieser Branche extrem hoch: Im Krankenhaus verbleiben die Kollegen im Schnitt 13,7 Jahre und in der Altenpflege gar nur 8,4 Jahre. Viele ausgebildete Pflegerinnen ziehen die Arbeitslosigkeit dem Verbleib in der Pflege vor. Und so verwundert es auch nicht, dass allein im Jahre 2020 9.000 Pflegerinnen und Pfleger gekündigt haben.

Das ist eigentlich ein Anlass, über nachhaltige Lohnsteigerungen und über eine gesundheitsverträgliche Umgestaltung der Arbeitsbedingungen nachzudenken. Es überrascht nicht, dass die marktradikalen Krankenhausmanager über solche Optionen keinen Gedanken verschwenden. Eher leuchtet diesen Marktideologen die Bakschisch-Option ein.

Und so beschloss der Bundestag im letzten Jahr, den Gesundheitsarbeitern und Pflegern eine einmalige Gratifikation in Höhe von 100 Millionen Euro zukommen zu lassen. Bezahlt wurde das Almosen aus dem Gesundheitsfonds, also aus den Beiträgen der Mitglieder der gesetzlichen Krankenkassen. Und die Funktionäre der Deutschen Krankenhausgesellschaft DKG und des Spitzenverbands des Gesetzlichen Krankenkassen erarbeiteten einen Verteilerschlüssel, der bei den Kollegen nur Neid und Missgunst auslösen konnte, nach dem Motto: teile und herrsche. Denn nur 100.000 von 440.000 Pflegekräften sollten in den Genuss der einmaligen Gratifikation gelangen. Nicht berücksichtigt wurden zudem Reinigungs- und Laborkräfte. Um das Fass vollzumachen, sollten die Arbeitnehmervertreter vor Ort bestimmen, wer das Geld bekommen soll. Die so Beauftragten weigerten sich allerdings, diese Ungerechtigkeit auch noch mitverantworten zu müssen.

Bakschisch ist eine Beleidigung. Die Forderung kann nur sein: leistungsgerechte Löhne und ein wesentlich verbessertes Arbeitsumfeld für Pfleger und Gesundheitsarbeiter sowie endlich gleiche Löhne für Frauen und Männer.



Collage: Ute Feuerstacke

Ein zweischneidiger Wert

Ungeahnte Chancen wie Risiken werden in der Blockchain vereint. Im Interview mit dem Finanzexperten Ernst Wolff werden beide Seiten beleuchtet. Teil 2 von 2.

DW: Lassen wir Bitcoin beiseite. Er ist nur einer von vielen Coins. Schauen wir uns Möglichkeiten an, wie wir als Demokratiebewegung von der Blockchain-Technologie an sich profitieren können. Nicht jede Kryptowährung hat die gleiche Architektur. Etwa als dezentralen Konsensmechanismus gibt es neben dem *Proof of Work*, also dem Arbeitsnachweis, auch den *Proof of Stake*, den Anteilsnachweis. Wir könnten die Währung beispielsweise auch individuell so programmieren, dass die neu geschaffenen Coins nach einer gewissen Zeit vernichtet werden, um unfaire Akkumulationen zu verhindern.

Ernst Wolff: Ein Geld mit Ablaufdatum? Für die Industrie wäre das ja ein Traum! In unserem konsumgetriebenen Wirtschaftssystem wäre ein Geld mit Ablaufdatum der perfekte Motor.

Was wäre aber, wenn wir die Kryptowährung demokratisch steuern könnten? Theoretisch könnten wir jedem Bürger ein *Wallet*, ein Konto für Kryptowährungen zuordnen, das gleichzeitig zum Abstimmen in demokratischen Wahlen eingesetzt werden könnte. Dann wäre es möglich, gemeinsam darüber abzustimmen, ob wir gewisse Updates in das System installieren möchten, wie beispielsweise das Implementieren eines Ablaufdatums. Wir könnten auch die Geldmenge anpassen, indem wir je nach Bedarf Coins vernichten oder neue schöpfen.

Genau das wäre, anders als Bitcoin und viele Altcoins, also alle Kryptowährungen, die neben Bitcoin am Markt angeboten werden, ein demokratisches Geldsystem.

Können wir also festhalten, dass Blockchain und Kryptowährungen an und für sich keinen Widerspruch zu einem demokratischen und fairen Geldsystem bedeuten müssen?

Die entscheidende Frage ist: In wessen Hand befindet sich das System. Wer stellt die Regeln auf und wer steuert das Ganze? Damit wir ein wirklich demokratisches Geldsystem etablieren können, müssen die Menschen erst gründlich aufgeklärt werden, was Geld überhaupt ist und wie unser Finanzsystem funktioniert. Wenn das von den Menschen verstanden wurde, können sie dann das Geldsystem aussuchen, das sie für das richtige halten. Ob das dann ein digitales Geldsystem wird oder ob sie sich für Bargeld entscheiden, bleibt dann völlig ihnen überlassen.

Blockchain ist eine geniale Erfindung und bedeutet einen Quantensprung in der Digitaltechnik. Das Wichtige dabei ist jetzt aber, wer diese Technologie zu welchen Zwecken einsetzen wird. Wenn es zentralistisch durch die Herrschenden eingesetzt wird, kann das für uns nichts Gutes bedeuten. Bitcoin hat einen guten Ansatz geliefert mit dem Versuch, das klassische Finanzsystem und die großen Banken zu umgehen. Aber heute können wir sehen, dass auch Bitcoin von privaten Interessen gekapert wurde und wenig mit seinen anfänglichen Versprechen gemein hat. Bitcoin wird in erster Linie von Spekulanten angetrieben, denen es nur um den Profit geht. Aber natürlich gibt es durch Blockchain auch vielfältige andere Umsetzungsmöglichkeiten, mit denen wir uns befassen sollten.

Eine Frage, die viele systemkritische Bitcoin-Investoren beschäftigt, ist ein eventuelles Verbot von nichtstaatlichen Kryptowährungen. Der Gedanke liegt ja nahe, dass die korporatistische Elite nicht einfach so zusehen dürfte, wie man sie ihres finanziellen Fundamentes beraubt. Können Sie sich vorstellen, dass bald ein Totalverbot kommt oder zumindest eine sehr strenge Regulierung?

Es gibt auf jeden Fall weltweit immer wieder Vorstöße seitens einiger Regierungen, Coins zu verbieten. Ich kann mir vorstellen, dass sie sich durch dezentrale Kryptowährungen bedroht fühlen, aber wenn man sich die aktuelle Marktkapitalisierung des Kryptomarkts ansieht, stellt man fest, dass er noch keine reale Gefahr darstellt. Gleichzeitig arbeiten die Staaten an ihren eigenen digitalen Zentralbankwährungen. Ich kann mir auch vorstellen, dass Bitcoin von nun an sogar durch die Staaten instrumentalisiert wird, um die Menschen in das Zentralbankgeld reinzudrängen. Nach dem Motto: Bitcoin baut auf der Blockchain auf und ist dezentral, aber viel besser wäre eine zentral gesteuerte Blockchain-Währung, die durch die Staaten reguliert wird und Schutz und Stabilität bietet.

Dezentrale Blockchain-Währungen erfordern ein gewisses Maß an Eigenverantwortung. Beispielsweise können falsch getätigte Überweisungen nicht mehr zurückgebucht werden. Da existiert also kein »Käuferschutz« und verlorene *Private Keys*, die wir uns einfachheitshalber als persönliche Passwörter vorstellen können, können nicht mehr zurückgesetzt werden. Bei einer zentral gesteuerten Währung, in der die Zentralbank die Rolle des Systemadmins innehätte, gäbe es solche Nachteile nicht.

Es ist nur eine Frage der Zeit, bis alle Staaten der Welt ihre eigenen Kryptowährungen einführen. Ganz vorne mit dabei ist China. Nach mehreren erfolgreichen Feldversuchen wird sehr bald der E-Yuan auf den Markt gebracht werden, der das Potenzial hat, die gesamte Finanzwelt zu verändern. Die Chinesen haben in den letzten Jahren große Mengen an Gold aufgekauft. Es ist also denkbar, dass die chinesische Regierung den E-Yuan mit Gold deckt und somit eine starke Alternative zum US-amerikanischen Petrodollar auf den Markt bringt.

Es ist kein Geheimnis mehr, dass einflussreiche Interessensverbände, wie beispielsweise die Better than Cash Alliance, das Bargeld abschaffen möchten. Diese Entwicklung wird schwer zu stoppen sein. Sie empfehlen deshalb auch, dass man sich mit physischem Silber eindecken sollte, um weiterhin anonyme Zahlungen untereinander tätigen zu können. Bei Kleinstbeträgen und Bezahlen auf Distanz wird es auch mit Silber unpraktikabel. Wäre es für uns als Demokratiebewegung sinnvoll, ergänzend zu physischen Edelmetallen, eine dezentrale Infrastruktur für Kryptowährungen zu etablieren?

Auf jeden Fall. Ich sehe da für die nahe Zukunft eine große Möglichkeit. Wenn das aktuelle System kollabiert, wird es sinnvoll sein, regionale Strukturen zu haben. Demokratische Regionalwährungen auf digitaler Basis könnten hier eine wichtige Rolle spielen. Die Digitalisierung lässt sich nicht mehr zurückschrauben, weshalb wir auch in diesem Bereich für uns das Beste daraus machen sollten.

Sollten wir angesichts bereits bestehender Repressalien durch Banken nicht jetzt schon anonyme Kryptowährungen nutzen? Dem DW wurden reihenweise Konten gekündigt. Ist es nicht schon an der Zeit zu sagen: Liebe Banken, wir brauchen euch nicht mehr. Ab sofort akzeptieren alle kritischen Medien anonyme Kryptowährungen als Zahlungsmittel. Wenn die Autoren und anderweitig Mitwirkende auch bereit wären ganz oder teilweise ihre Vergütung beispielsweise in Monero zu beziehen, hätten wir doch eine gewisse Unabhängigkeit zurückgewonnen. Dieser Schritt könnte im weiteren Verlauf größere Steine ins Rollen bringen.

Diese Idee finde ich gut. Wir müssen uns auch im Hier und Jetzt verteidigen und konkrete Auswege finden. Und wenn man sich untereinander einigen würde, eine bestimmte dezentrale und anonyme Kryptowährung zu nutzen, wäre das ein Zeichen gegen die zunehmende Faschisierung des Systems. Es gibt kurzfristige Strategien und langfristige Strategien, die sich aus den Zwängen, unter denen man lebt, ergeben. Wenn die alternativen Medien weiterhin unabhängig bleiben und ihre Aufklärungsarbeit fortführen möchten, ist es fast schon eine Notwendigkeit, als kurzfristige Lösung die Adaptation an bereits bestehende dezentrale Blockchain-Systeme in Angriff zu nehmen.

Die Fragen stellte Burak Erbasi. Teil 1 erschien in Ausgabe 43.



Ernst Wolff lebt als freier Journalist in Berlin, schreibt regelmäßig zu finanzpolitischen Themen. Er ist Autor des Buches »Weltmacht IWF – Chronik eines Raubzugs«.

The



Ein Demokrat am 21. April sagt wie es ist.

Ziele und St Demokratie

Aus der Gesamtkonzeption müssen wir Sze um langfristig zu gewinnen. | Von Elias

Im Jahre 2020 entstand in Deutschland eine neue Demokratiebewegung. Sie entstand als empörte Reaktion auf beispiellose Maßnahmen der Bundesregierung, die die Freiheit und persönliche Autonomie der Bürger erheblich beeinträchtigten. Diese Maßnahmen, ihre Begründungen und ihre gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen, psychologischen und gesundheitlichen Folgen sind bereits in der Öffentlichkeit ausgiebig beschrieben worden. Es erübrigt sich, diese hier zu wiederholen. Die Prämisse dieses Beitrags ist, dass diese Maßnahmen nicht nur verfassungswidrig und unverhältnismäßig waren und sind, sondern dass sie mit dem allgemeinen Verständnis von Demokratie nicht vereinbar sind. Das ist unter anderem der Grund für die Entstehung dieser neuen Demokratiebewegung.

Die Demokratiebewegung entstand aus einem unverfälschten Gefühl der Empörung, nicht wie einst die Revolution von 1917, die von einer umfassenden Ideologie geprägt wurde. Diese neue Bewegung verkörpert eine diffuse aber stark empfundene Abneigung gegenüber unzumutbaren Maßnahmen, die mit Zwang und sogar brutal durchgesetzt werden.

Die Hauptziele der neuen Demokratiebewegung beschränken sich auf den Wunsch zur Rückkehr zur alten Normalität, das heißt auf Forderungen zur Aufhebung der behördlichen Corona-Maßnahmen. Zwar gibt es am Rande auch eine diffuse Erkenntnis, dass diese Forderungen zu kurz ziehen; das System selbst müsste geändert oder erneuert werden. Diese Ziele bleiben aber abstrakt. Sie werden nicht in eine klare Strategie eingebettet, geschweige denn in konkrete Aktionen umgesetzt.

WAS SIND DIE GRUNDLAGEN FÜR EIN BESSERES SYSTEM?

Ausgehend von der Prämisse, dass ein Systemwechsel geboten ist, fragen sich immer mehr Menschen, was das heutige System ersetzen soll. Das Modell DDR? Das Modell Autarkie? Den alten Sozialstaat? Auf welchen Grundlagen soll das neue System beruhen? Was sollen seine Grundwerte werden? Seine politische Struktur? Sein Menschenbild? Diese Fragen werden kaum berührt. Aber wer nicht weiß, wohin die Reise geht, bleibt gerne zuhause. Es besteht daher ein dringender Bedarf, die Ziele der Demokratiebewegung zu klären. Ich behaupte, man könne einige der Ziele schon von den diffusen Wünschen der Teilnehmer der Demokratiebewegung ableiten, darunter die individuelle Selbstbestimmung, auch Freiheit genannt, der Frieden, die Wahrheit und die Gerechtigkeit. Man kann sogar vermuten, dass die Mehrheit der Menschen, die sich noch nicht mit der Demokratiebewegung identifizieren, auch diese Wünsche hegen. Es ist denkbar, dass nur eine Minderheit von Privilegierten in der Gesellschaft diese Werte als Bedrohung empfinden könnten. Zusammenfassend könnte man sagen, dass individuelle Selbstbestimmung (Freiheit), Frieden, Wahrheit und Gerechtigkeit die wichtigsten übergeordneten Ziele eines Systemwechsels sein könnten oder sollten. Demokratie ergibt sich aus dem Grundsatz der Gerechtigkeit. Diese Begriffe sind auf allen Formen des gesellschaftlichen Lebens anwendbar, sei es zur Strukturierung der Gewaltenteilung, der Justiz, der Medien oder der Wirtschaft.

EIN PLAN ZUM VOLLSTÄNDIGEN SIEG ÜBER DEN GEGNER

Ziele zu setzen ist der erste Schritt. Der zweite Schritt ist die Formulierung einer erfolgreichen Strategie. Der Demokratiebewegung fehlt eine Strategie um das unbrauchbare System zu beseitigen. Die Gegenseite versucht ihrerseits, strategisch zu handeln. Bis jetzt hat die Demokratiebewegung keine Gegenstrategie. In einer solchen Situation ist der Ausgang des Kampfes voraussehbar.

Was ist eine gute Strategie? Hier eine knappe Definition: Es ist ein Plan zum vollständigen Sieg über den Gegner. Gute Schachspieler siegen, wenn sie einer Strategie folgen. Eine Strategie kann den Verlust einzelner Schlachten verkraften, denn am Ende folgt aus einer guten Strategie immer der Sieg. Der Sieg hängt daher nicht von zeitbedingten Machtverhältnissen ab, sondern davon, wie gut die Strategien der gegenseitigen Parteien sind. Die Entdeckung einer guten Strategie beginnt mit dem Suchen nach den Schwachseiten der Gegenseite und der Hervorbringung seiner eigenen Stärke. Die Kunst einer erfolgreichen Strategie liegt in der Fähigkeit, der »schwachen« Seite die eigenen Werte der Gegenseite als Gegenstand des Kampfes aufzuzwingen. Da dieser Satz zu abstrakt erscheint, möchte ich ein Beispiel nennen.

Der Konflikt in Palästina/Israel ist unter der von Israel und vom Westen festgestellten Spielregeln unlösbar. Diese Spielregeln sind, dass der Konflikt auf zwei unvereinbaren Ansprüchen auf das Land beruht. Man nennt einen solchen Konflikt ein Nullsummenspiel. Der Gewinn der einen Seite bedeutet automatisch den Verlust der anderen Seite. Ändert man aber die Spielregeln und bezeichnet den Konflikt als einen zwischen Menschenrechten und Apartheid, gewinnen mit der Zeit die Kämpfer für Menschenrechte, weil diese eine weltweit anerkannte Norm darstellt. Sogar viele Israelis würden sich dieser Strategie anschließen, weil auch sie für Menschenrechte ansprechbar sind. In diesem Kampf würde es nur Gewinner geben. Der historische Fehler des palästinensisches Widerstands ist es, diese Strategie noch nicht umgesetzt zu haben. Diese Strategie wurde beispielsweise mit dem Erfolg des südafrikanischen ANC gegen die Apartheid umgesetzt.

Während man verständlicherweise gegen die freiheitsberaubenden Maßnahmen der Bundesregierung protestiert, stellen solche Proteste keine Strategie dar. Die Gegner der Demokratiebewegung haben bis jetzt die Spielregel bestimmt, nämlich die Debatte auf angebliche Fakten zu reduzieren (Inzidenzzahlen, die Nützlichkeit der Masken und die Notwendigkeit der Impfung). Wer sich auf diese Debatte einlässt, verliert schon im Vorfeld, denn er verlässt sich auf eine falsche Prämisse, nämlich dass sich die Gegenseite der Wahrheit verpflichtet. Er beteiligt sich,



Hunderttausende demonstrieren am 21. April in Berlin gegen



Die Menschen ziehen für ihre Grundrechte durch Berlins Straßen. Viele Polizeibeamte sind eigentlich auf ihrer Seit

trategie der ebewegung

narien, Prozesse und Vorgänge entwerfen,
s Davidsson, Fotos von Hannes Henkelmann



Eltern stehen auf gegen das Infektionsschutzgesetz.



n das Ermächtigungsgesetz.





e.

willig oder aus Naivität, an einem frisierten Spiel, in welchem die eine Seite keine Hemmungen hat zu täuschen und die andere sich auf ehrliche Spielregeln beschränkt. Die Kunst wäre es, die Prämissen des Spiels beziehungsweise des Konflikts selbst zu bestimmen. Dann ginge es nicht um Viren, Masken oder Impfstoffe, sondern um Wahrheit und Gerechtigkeit.

KAMPF ZWISCHEN WAHRHEIT UND BETRUG, ZWISCHEN GERECHTIGKEIT UND UNRECHT

Eine erfolgreiche Strategie wäre, den Gegner zu zwingen, auf der Prämisse dieser Grundwerte zu kämpfen, sprich die Grundwerte Wahrheit und Gerechtigkeit. Da Gegner der Demokratie nur durch Betrug und Unrecht ihre Macht bewahren können, verlieren sie, sobald sie sich auf der Basis dieser Grundwerte behaupten müssen. Es genügt dem Betrüger nicht, zu behaupten, er verpflichte sich der Wahrheit und Gerechtigkeit. Schon bei dem ersten Widerspruch würde seine Heuchelei entblößt.

Die praktische Umsetzung dieser Strategie fordert gedankliche Arbeit und viel Phantasie. Diese Arbeit kann aber nur angefangen werden, wenn man das strategische Grundprinzip verstanden hat, und es nicht mit taktischen Manövern oder Methoden verwechselt. Es geht hier um ein fundamentales Vorgehen, bei dem in jeder Konstellation die zwei Gegensätze im Vordergrund gestellt werden müssen, nämlich »Wahrheit versus Betrug« und »Gerechtigkeit versus Unrecht«. Die Gegenseiten müssen als Träger dieser Grundwerte nicht nur publizistisch sondern auch faktisch aufgezeigt werden. Es muss zumindest unter den Demokraten kein Zweifel bestehen, wofür die Gegenseiten tatsächlich stehen. Nicht Frau Merkel, die CDU oder Bill Gates sind die Gegenseite, sondern sie vertreten bloß gegensätzliche Werte. Die Gegenseite sind die verwerflichen Werte, die mit Demokratie und Grundgesetz nicht vereinbar sind, und nicht in erster Linie die Personen, die diese Werte durchsetzen, auch wenn sie zur Rechenschaft gezogen werden sollten. Der Kampf ist viel mehr ein ideologischer Kampf zwischen Gut und Böse, zwischen Wahrheit und Betrug, zwischen Gerechtigkeit und Unrecht.

Man kann ruhig erwarten, dass die Gegenseite – die Seite der Betrüger – sich auch als Vertreter der Wahrheit und der Gerechtigkeit ausgeben werden. Damit würde bereits ein Teilsieg erreicht, denn sie würde damit die normative Kraft dieser Begriffe als Maßstab erkennen. Die Gegenseite würde damit nach unseren Spielregeln handeln müssen. Der Betrüger wird damit in die Defensive gedrängt.

AUS GESAMTKONZEPTION, AKTIONSPLAN FÜRS TÄGLICHE LEBEN

Ich plädiere hier für eine Erfolgsstrategie, das heißt für eine Gesamtkonzeption des heutigen Kampfes. Aus dieser Gesamtkonzeption sollte ein Aktionsplan formuliert werden, ein Plan der diese Strategie in konkrete Aktionen umsetzt, die Bürger ausführen können. Ich bin überzeugt, dass diese Strategie in bürgernahen Aktionen umsetzbar ist und zwar auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens.

Wer aber glaubt, es handele sich hier um eine Patentlösung für einen Systemwechsel, irrt sich. Eine gute Strategie kann nur eines liefern: den Sieg. Die Formulierung einer erfolgreichen Strategie sagt nichts über die Dauer des Kampfes. Aber ohne eine solche Strategie ist der Kampf schon im Vorfeld verloren.

Zuletzt eine kleine Warnung: Es geht mir hier nicht um die Verbreitung zweier Schlagwörter (»Wahrheit« und »Gerechtigkeit«), sondern um ihre politische Umsetzung als Waffe für einen Systemwandel. Nicht die Häufigkeit der Anwendung dieser Begriffe auf Plakaten und Flyern ist maßgebend, sondern ihre intelligente Umsetzung im täglichen Kampf. Leser, die die Bedeutung einer solchen Strategie verstanden haben, sind dazu aufgerufen, Szenarien, Prozesse und Vorgänge zu entwerfen, die diese Strategie umsetzen.

Zum Autor:

Elias Davidsson wurde in Palästina als Sohn deutscher Eltern mit jüdischem Glauben geboren, die zur Zeit der Nazis aus Deutschland emigriert waren. Er studierte Klavier, Harmonie und Kontrapunkt in Haifa, später Klavier und Komposition in Köln, Freiburg und Basel, leitete eine Musikschule in Island und war auch als Kirchenmusiker tätig. Seit den 1990er Jahren befasst er sich mit Völkerrecht und verdecktem Staatsterrorismus. Zuletzt erschienen von ihm »Hijacking America's Mind on 9/11«, »The Betrayal of India: Revisiting 26/11« und »Psychologische Kriegsführung und gesellschaftliche Leugnung«.



Apartheid als Modellprojekt

Wann merkt der letzte Bürger noch, dass höhere Inzidenz vom Testen kommt? | Von Hans-Jürgen Bandelt

Es ist doch nur ein Test – es wird schon nicht wehtun. Ein Test, nur einmal am Tag, damit wir mitten in der grün regierten Universitätsstadt, die Neckargasse hinauf, den Holzmarkt und die Kirchgasse hindurch wieder shoppen gehen können, ganz spontan mit Maske und Abstand. Es ist doch kein grüner Stern auf der Stirn und kein Namensschild mit grünen Punkt am Revers, sondern nur ein Armband mit QR-Code, das uns die Pforten und Türen öffnen soll. Es ist doch keine elektronische Fußfessel, da wir fast schon die alte Freiheit durch die Maske atmen. Es ist ja auch völlig freiwillig, keiner wird gezwungen, einkaufen zu gehen.

Wer will, kann mit seinem Zertifikat sogar in Kultureinrichtungen hineingehen. Da gab es bereits vorher Miniprojekte, wie bei den Berliner Philharmonikern. Die freien Kunstschaffenden, derzeit vom Berufsverbot betroffen, hungern nach Möglichkeiten, wieder auftreten zu können. Dafür könnten sie sogar versucht sein, staatliche Regularien per Impfung und Testung in Kauf zu nehmen, die den kritischen Teil der Bevölkerung konsequent ausgrenzen. Kunst nur für die Willigen.

Das Testen in die neue Freiheit, das aseptische, gegängelte und kontrollierte Surrogat für die wilde Freiheit, ist kostenlos für das Individuum. Das Modellprojekt »Öffnen mit Sicherheit« scheint anzukommen in der Universitätsstadt. Der Handelsverband Baden-Württemberg sieht den Versuch positiv. »Seit Beginn am Montag haben wir täglich rund 4.000 Schnelltests gemacht«, sagt eine Notärztin: In den ersten Tagen seien drei positiv Getestete »herausgezogen« worden. Inzwischen hat sich gezeigt, dass im Durchschnitt einer von 1.000 Schnelltests positiv ist.

SAISONALES HERAUSZIEHEN UND EINSPERREN

»Herausgezogen« ist das richtige Unwort. Jene schnell positiv getesteten Unglückseligen müssen nochmals antreten: Ist doch nur ein PCR-Test, Stäbchen rein und wieder raus, und bis das Ergebnis am nächsten Tag da ist, müssen sie sich samt Familie halt selbst einsperren. Nur jeder zweite wird mit dem PCR-Test als positiv bestätigt. Zur weiteren Sicherungsverwahrung des Virus sind noch Abstand und Masken da. Die Begeisterung ist so groß, dass dieser Modellversuch vor Ort noch um zwei Wochen verlängert wird, aber auf den Landkreis beschränkt bleibt, damit die Inzidenz nicht noch weiter über die 100 schießt. Sonst merkt der letzte Bürger am Ende noch, dass höhere Inzidenz vom Testen kommt.

Und viele andere Städte ziehen nach, ob groß, ob klein, wollen im April dabei sein, gerne für drei Wochen. Ein kleines, aber doch ganzes Bundesland, das CDU-SPD-regierte Saarland, geht in den Modellmodus, was allerdings den *Lockdownianern* missfällt: »Die saarländische Landesregierung will ab dem 6. April mehr privates und öffentliches Leben erlauben. Der Ärzteverband Marburger Bund kritisierte die Entscheidung und sagte, Versuche in Modellregionen könnten keine Alternative zum *Lockdown* sein«. Diese panischen Kritiker, Ärzteverbändler wie auch Lehrergewerkschafter und andere Staatsakademiker, sehen nicht die höheren Ziele. Und zu ihrem Troste: Der harte *Lockdown* kommt trotzdem immer wieder und härter: Er ist so saisonal wie das Virus, das er angeblich eindämmen soll.

BERLIN, DIE STADT DER VORAUSEILENDEN APARTHEID

Und ja, das saarländische Projekt war bislang erfolgreich: Die Inzidenzen steigen und steigen. Denn das tun sie eben, gern über 100, wenn man viel mehr testet. *Quot erat demonstrandum*. Das Volk lernt: Die Belohnung Lockerung gibt's nur mit Schnelltestung. Es sei denn, es handelt sich um Geimpfte (»nach Erhalt der finalen Impfung«) – die können bereits ab 17. April alles ohne Schnelltest tun in Berlin, der Stadt der vorauseilenden Apartheid.

Als Wissenschaftler getarnte *No-Covidianer* wollen sogar, dass sich »in mehreren bundesweiten Testwochen« alle Menschen im Abstand von zwei bis drei Tagen schnelltesten lassen. Achtzigtausend Gesunde müssten dabei in jeder vollen Runde jedes Mal einen Schreck kriegen. So schreibt Jochen Ziegler auf *achgut.com*: »Die massenhafte Testung Gesunder ist jedenfalls sinnlos und schädlich, da sie nur Angst verbreitet und Misstrauen sät. Im übrigen stellt sie eine Kontrolle dar, die tief in die Freiheitsrechte eingreift.«.

Doch hört man drohend fast in allen deutschen Parteien – außer denen, die verteufelt werden – die Forderung nach mehr und noch mehr Schnelltests, von Sahra Wagenknecht (Die Linke) bis Christian Lindner (FDP) und den Freien Wählern. Das Volk ist also zufrieden: Ein Teil wartet noch ergeben auf den erlösenden Pieks. Tests und Impfungen gehen Hand in Hand.

GEGEN DIE IMPFPFLICHT, ABER NICHT GEGEN DEN IMPFZWANG

Die Vorsitzende des Deutschen Ethikrats ist genauso wie der Gesundheitsminister gegen die Impfpflicht, aber offenbar nicht gegen den Impf- und Testzwang. Wer geimpft ist, soll seine geklauten Grundrechte wiederbekommen, aber »gerecht« soll es dabei zugehen: Wer »genesen« ist oder einen tagesaktuellen negativen Test vorweisen kann, soll gleichgestellt werden mit einem Geimpften. Das sei gerecht und ethisch fundiert. Wer sich jedoch allem verweigert, muss sich in Apartheid mit der basalen Lebensführung bescheiden. Und wer dann kerngesund die Quarantäne standhaft verweigert, wird ins QZ, ins Quarantänezentrum, transportiert und interniert.

Anreize sind so für die Impfung vorgesehen, denn die »Pandemie« darf erst beendet sein, wenn alle in der EU oder gar weltweit geimpft sind. Die US-amerikanische Journalistin und Autorin Naomi Wolf bezeichnet die Pläne für einen *Grünen* Impfpass als absolute Endstation für die menschliche Freiheit. Die EU hat diese Endstation am 14. April erreicht: Schon Ende Juni soll der *Grüne* Pass einsetzbar sein. Wahrscheinlich wird dieser Pass, für die viele Nicht-EU-Staaten kein Äquivalent anbieten, hilfsweise durch Schnelltestung bei Grenzübertritt ersetzbar sein.

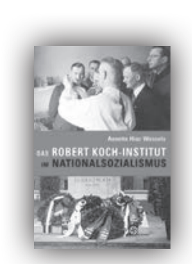
Mit den nächsten Novellen des Bevölkerungs- beziehungsweise des Epidemiegesetzes in Deutschland beziehungsweise Österreich ist zu erwarten, dass immer weitergehende Ermächtigungen die Parlamente faktisch obsolet werden lassen und die Länder in einen »Biofaschismus« führen, genau wie ihn Naomi Wolf beschreibt. Diese neue geistig-unmoralische Wende steuert uns in den totalen Hygienismus, in dem jegliche Teilhabe am Leben aseptisch und kontrolliert ist. Der frühere Richter des britischen Höchstgerichts Lord Sumption warnte jedenfalls, dass die sozialen Kontrollen, die die Corona-Pandemie hervorgebracht hat, von den Regierungen zehn Jahre lang aufrechterhalten werden könnten. Ist doch nur eine kurze Zwischenzeit.

Hans-Jürgen Bandelt, Jahrgang 1951, war Professor am Fachbereich Mathematik der Universität Hamburg, wo er sich neben der Behandlung kombinatorisch-geometrischer Probleme den Anwendungen der Genetik auf vorgeschichtliche Fragestellungen widmete, sowie Studien zur forensischen und medizinischen Genetik betrieb. Er ist Mitglied der Gesellschaft für Bildung und Wissen e.V. und schreibt gegen den Bildungsabbau in Schule und Hochschule an.

DW-BESTSELLERLISTE



COVID-19: The Great Reset
Schwab, Klaus; Malleret, Thierry
Forum Publishing
ISBN: 978-2-940631-12-4



Das Robert Koch-Institut im Nationalsozialismus
Hinz-Wessels, Anette
Kulturverlag Kadmos Berlin
ISBN: 978-3-86599-463-9



Warum Schweigen die Lämmer
Mausfeld, Rainer
Westend
ISBN: 978-3-86489-277-6



Die Schock-Strategie
Klein, Naomi
Hoffmann und Campe
ISBN: 978-3-455-01077-0



Corona-Impfstoffe: Rettung oder Risiko?
Clemens G. Arvay
Quadriga
ISBN: 978-3-404-07499-0



Glaube wenig, hinterfrage alles, denke selbst
Müller, Albrecht
Westend
ISBN: 978-3-86489-218-9



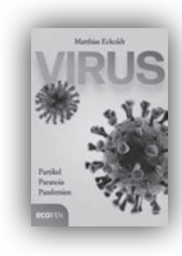
Die Bürgerliche Revolution
Krall, Markus
Langen-Müller
ISBN: 978-3-7844-3550-3



Psychologie der Massen
Le Bon, Gustave
BoD – Books on Demand
ISBN: 978-3-7481-5168-5



Fassadendemokratie und Tiefer Staat. Auf dem Weg in ein autoritäres Zeitalter Rose, Jürgen; Becker, Jörg; Rügemer, Werner; Krautz, Jochen; Ploppa, Hermann
Promedia Verlag
ISBN: 978-3-85371-425-6



Virus: Partikel, Paranoia, Pandemien
Eckholdt, Matthias
Ecowin
ISBN: 978-3-7110-0275-4

GRND
GSTZ

BASTELANLEITUNG SPRÜHSCHABLONE

- Seite 16 von der Zeitung abschneiden.
- Die Seite auf einen Karton (ungefähr 30cm mal 45cm) fixieren.
- Dann mit Cutter oder Schere die Buchstaben entlang der Linie ausschneiden. Dabei bitte achtgeben, nicht die Stege der Buchstaben R und D durchzutrennen.

Fertig und Lossprühen!

Regierungs-NGO-Schlager

Danger Dan macht Staatspropaganda.
Eine Songkritik von Jill Sandjaja

Während Schauspieler, Regisseure, Musiker und Künstler seit Anfang März in ganz Frankreich hunderte Theater besetzen, sich damit ganz klar gegen die Corona-Maßnahmen wehren und für ihre Berufsfreiheit kämpfen, sieht es an der deutschen Künstlerfront eher beschämend aus.

Der Sänger Danger Dan (bürgerlich Daniel Pongratz), der auch der anti-alles Antilopen Gang angehört, brachte vor einem Monat seine Single »Das ist alles von der Kunstfreiheit gedeckt« auf Youtube heraus. Mittlerweile hat das Lied über 2,2 Millionen Aufrufe. Doch woher kommt der Hype?

Es liegt ganz bestimmt nicht an der durchschnittlichen Harmonik, der tänzelnden Klaviermusik oder der langweiligen Gesangsstimme, die der Kleinkunst-Rapper von anderen deutschen Mainstream-Sängern kaum unterscheidet. Vielleicht ist es das Musikvideo. Es weckt schon mal Interesse, wenn einem in den ersten fünf Sekunden gezeigt wird, wie ein Sturmgewehr geladen wird und dann langsam der Theatervorhang hochgeht. Danach folgen melancholische Kameraeinstellungen, die den Klavierantilopen auf einer verlassen Bühne zeigen. Zwischendurch wird dann noch ein Kuchen eingeblendet, der schlussendlich in seiner Fresse landet. Nein, zum Erfolg verhalf ihm sicherlich ein Auftritt in der staatlich finanzierten Fernsehshow von seinem Idol Jan Böhmermann, dessen satirischer Nachahmer Daniel wohl gern wäre.

Danger Daniel bewirbt seinen Liedtext mit dem Artikel 5 des Grundgesetzes, der Kunstfreiheit. Denn er hat eine eindeutige Meinung zu den wichtigen Figuren der Demokratiebewegung, die seiner Ansicht nach Faschisten sind. Angefangen mit Jürgen Elsässer der ein Antisemit sein soll, obwohl ein Gerichtsurteil darüber schon anders entschieden hat. Kubischek soll glücklich darüber sein, dass Danger Daniel nicht mit dem Bogen auf ihn schießt. Alexander Gauland ist eher ein Nationalsozialist als ein Verschwörungstheoretiker, der an Reptiloide glaubt und Ken Jebsen sei natürlich auch super lächerlich.

Mein lieber Daniel, wenn hier jemand lächerlich ist, dann du. Klar kann man die Kunstfreiheit durch Staatspropaganda missbrauchen. Aber wer aus Angst vor eventuellen Strafanzeigen mit einem Paragraphen des Grundgesetzes wirbt, um bekannte Oppositionelle, die das Grundgesetz verteidigen, zu beschimpfen, ist schlichtweg ein Heuchler.

»Und wehe dem, der *denkt*. Und wehe dem, der *tanzt*«

Ein Lied gegen die Corona-Politik geht um die Welt.
Von Ronja Palmer

Zu den Klängen des französischen Hits »Danser encore«, übersetzt etwa »Wieder tanzen«, der Band HK et les Saltimbanks schwingen hunderte Menschen in Frankreich seit ein paar Wochen in spontanen Flashmobs das Tanzbein.

Das Lied wurde zum Symbol des Protests gegen Macrons autoritäre Corona-Politik. Er lässt die gesamte Kunst- und Kultur-Szene seit einem Jahr im Regen stehen und nimmt den Menschen das, was elementar für ihre mentale und physische Gesundheit ist: die Lebensfreude.

Genau diese Lebensfreude holen sich die mündigen Bürger jetzt zurück. Sie verwandeln ihren politischen Unmut in fröhlichen Lebensausdruck. Sie setzen Singen vor Schweigen. Bewegung vor Stagnation. »Danser encore«, dessen offizielles Video online schon auf über zwei Millionen Klicks kommt, ist ein Aufruf zum kreativen Widerstand, dazu, sich aufzulehnen gegen den »guten König«, der abends im Fernsehen zu sehen ist, sich nicht beeinflussen zu lassen von den »Verkäufern von Angst« und auszusteigen aus dem »Auto-Metro-Arbeit-Konsum«. »Wir sind Zugvögel, niemals fügsam«, heißt es im Songtext. Es wird getanzt, »für unsere geistige, soziale und ökologische Gesundheit, unser Lächeln, unsere Intelligenz«. Und das passiert nicht nur in Frankreich. Das Lauffeuer ist auch in Deutschland entfacht. Schon erklingt in den Straßen Berlins die deutsche Version »Tanz der Freiheit«.



SPORT: MEGA-LIGA GEPLATZT

Zu den vorerst geplatzten Plänen der Super League habe ich eine ganz klare Meinung: Ich bin ein Verfechter der Tradition und kann mich mit diesen Dingen nicht anfreunden. Der Fußball sollte sich mehr um die Herzen der Fans kümmern. Und vielleicht mal ein bisschen in der Vergangenheit schwelgen – alte Videos, alte Spiele hochladen. Was da für eine Stimmung war! Derzeit geht die mehr und mehr verloren. Anstatt immer nur an den Umsatz, den Profit und an das Geld zu denken. Weil so wird man meiner Meinung nach die Fußballwelt nicht vereinen. Ich freue mich, dass die Fifa und Uefa als große internationale Föderationen da eine klare Meinung haben und alles daran setzten, dass dieses Ungemach nicht wahr wurde. Von daher bin ich guter Dinge.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Art. 146 *Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 45. Ausgabe ab Samstag, 24. April 2021. | Redaktionsschluss war am 22. April, 8:30 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus zu verlangen, der ihnen vollständig zugutekommt. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC GENODEF1SLR**.

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Sophia-Maria Antonulas **Ressortleitung Wirtschaft:** Hermann Ploppa **Sportchef:** Thomas Berthold **Ressort Naturwissenschaft:** Markus Fiedler **Österreich-Korrespondent:** Eric Angerer **Layout und Satz:** Chris Stein, Ute Feuerstacke, Anselm Lenz **Illustrationen und Bildredaktion:** Jill Sandjaja, Ute Feuerstacke **Fotoressort:** Steve Schramm **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ronja Palmer, Burak Erbasi, Aya Velázquez, Dr. Yana Milev, Vicky Richter, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Dr. Tamara Ganjalyan, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Clark Kent, Doro Neidel, Dirk Pohlmann, Dr. med. Alexander Richter, Erich Kartmann, Johnny Rottweil, Samuel Gfrörer. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.